



**Institut für  
Ökonomische Bildung**



**Fachbereich 04: Wirtschaftswissenschaften**

# **IÖB-Diskussionspapier**

**Nr. 5/06**

## **Höhere Geburtenraten in Deutschland – die Rolle des Systems frühkindlicher Bildung und Betreuung**

**Antje Funcke**

# **IÖB-Diskussionspapier Nr. 5/06**

Juli 2006

ISSN 1860-8159

## **Höhere Geburtenraten in Deutschland – die Rolle des Systems frühkindlicher Bildung und Betreuung**

*Antje Funcke*

Westfälische Wilhelms-Universität Münster  
Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät  
Institut für Ökonomische Bildung  
Schlossplatz 4  
48149 Münster

Tel: 0251/ 83-24303 (Sekretariat)  
E-Mail: [iob1@uni-muenster.de](mailto:iob1@uni-muenster.de)  
Internet: [www.wiwi.uni-muenster.de/ioeb](http://www.wiwi.uni-muenster.de/ioeb)

## **Higher Fertility Rates in Germany – the Impact of the System of Early Child Education and Care**

### **Abstract:**

One of the main future tasks of our society is to slow down demographic change. Therefore, an important aim of German policy is to implement a fertility-friendly family policy. This paper studies the role of early childhood education and care within such a family policy. At first, fertility behaviour in Germany is shortly described. In the next section, the economic theory of fertility is used in order to analyze the individual decision-making process on whether or not to start a family. It turns out that the compatibility of family and job is increasingly significant. As a consequence, a proper system of early child education and care of good quality can be expected to have a positive effect on fertility behaviour. However, in comparison to other European countries Germany is still running a system of only moderate quality. This is why only a fundamental reform of the system of early child education and care can have a significant positive impact on fertility behaviour. In the last section of the paper, we give a preliminary discussion of the main aspects of such a reform.

### **Zusammenfassung:**

Eine der Zukunftsaufgaben in unserer Gesellschaft ist die Abfederung des dramatischen Alterungsprozesses. Erklärtes Ziel der Politik ist es daher, eine bevölkerungsorientierte Familienpolitik zu betreiben. Welche Rolle das System frühkindlicher Bildung und Betreuung im Rahmen einer solchen Familienpolitik spielt, ist Gegenstand der Arbeit. Dabei wird das Geburtenverhalten in Deutschland kurz skizziert. Auf der Grundlage der ökonomischen Theorie der Fertilität wird analysiert, welche Faktoren die Entscheidung für bzw. gegen ein Kind beeinflussen. Dabei kann gezeigt werden, dass die Bedeutung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Rahmen der Fertilitätsentscheidung zugenommen hat. Daher ist zu erwarten, dass ein qualitativ und quantitativ gutes System frühkindlicher Bildung und Betreuung einen positiven Effekt auf das Geburtenverhalten hat. Deutschland hat aber im europäischen Vergleich ein rückständiges System frühkindlicher Bildung und Betreuung, so dass nur durch eine grundlegende Reform des Systems positive Effekte auf das Geburtenverhalten erzielt werden können. Welche Aspekte im Rahmen einer solchen Reform beachtet werden müssen, wird am Ende der Arbeit kurz skizziert.

# Höhere Geburtenraten in Deutschland – die Rolle des Systems frühkindlicher Bildung und Betreuung

*Antje Funcke*

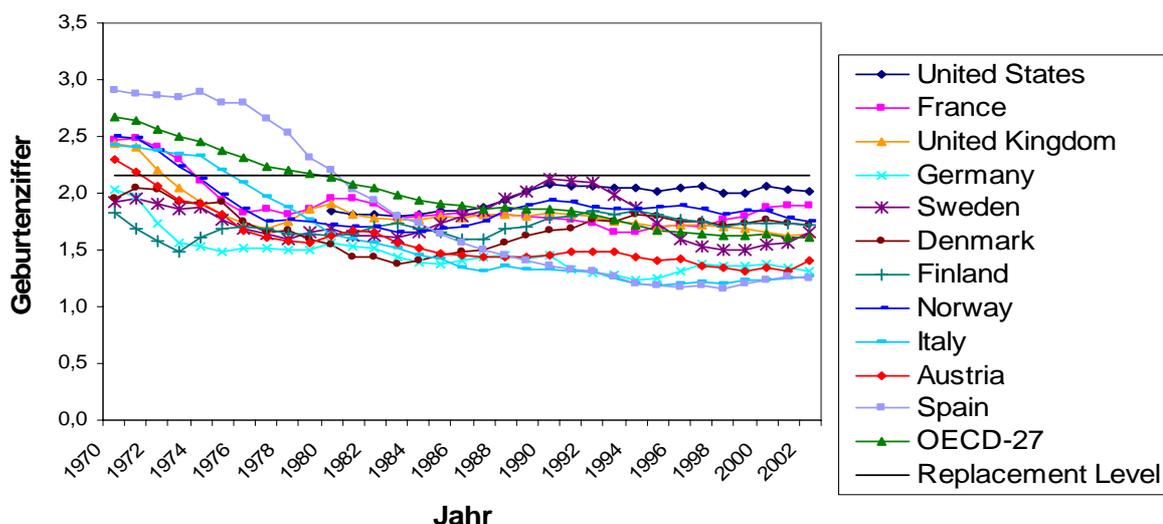
## Inhaltsübersicht

1. Einleitung
  2. Das Geburtenverhalten und der Kinderwunsch in Deutschland
    - 2.1. Wichtige Daten zum Geburtenverhalten in Deutschland
    - 2.2. Analysen zum Kinderwunsch in Deutschland
  3. Die Analyse der Fertilitätsentscheidung
    - 3.1. Die ökonomische Theorie der Fertilität
    - 3.2. Das Erklärungspotenzial des Opportunitätskostenansatzes
    - 3.3. Kritik an Beckers Ansatz
    - 3.4. Zwischenergebnis
  4. Die Reform des Systems frühkindlicher Bildung und Betreuung aus der Sicht einer bevölkerungsorientierten Familienpolitik
    - 4.1. Das Angebot an Plätzen im System frühkindlicher Bildung und Betreuung
    - 4.2. Die gesellschaftliche Akzeptanz von außerfamiliärer Kinderbetreuung
    - 4.3. Die Qualität des Systems frühkindlicher Bildung und Betreuung
    - 4.4. Die Kosten des Systems frühkindlicher Bildung und Betreuung für die Eltern
  5. Fazit
- Literaturverzeichnis

## 1. Einleitung

Eine der wichtigsten Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte ist der erhebliche Rückgang der Geburtenraten in den Industrieländern. Dabei vollzog sich dieser Trend nicht in allen Ländern simultan, aber als vorläufiges Zwischenergebnis lag im Jahr 2002 die zusammengefasste Geburtenziffer in allen OECD Ländern – außer Mexiko und der Türkei – unter der Reproduktionsziffer von 2,15. Mit dieser Entwicklung verbunden ist ein Alterungsprozess in den Industrieländern, der die Gesellschaften vor erhebliche Herausforderungen stellt. Gerade Deutschland gehört dabei – neben Japan und Italien – zu den drei Ländern, die den stärksten Alterungsprozess durchleben (Wissenschaftlicher Beirat 2005, 1). In anderen Ländern ist die Entwicklung nicht ganz so dramatisch, insbesondere in den Ländern, in denen es gelungen ist, die Geburtenhäufigkeit wieder zu erhöhen. Zu diesen Ländern gehören – wie die folgende Abbildung zeigt – vor allem die skandinavischen Länder und Frankreich, aber auch die USA.

## Entwicklung der zusammengefassten Geburtenziffern



Quelle: OECD (2005)

Diese Vorbilder haben nun auch in Deutschland zu einem Umdenken geführt. Eine Bevölkerungspolitik ist kein Tabu mehr. So findet man in den jüngsten Koalitionsvereinbarungen folgendes Zitat:

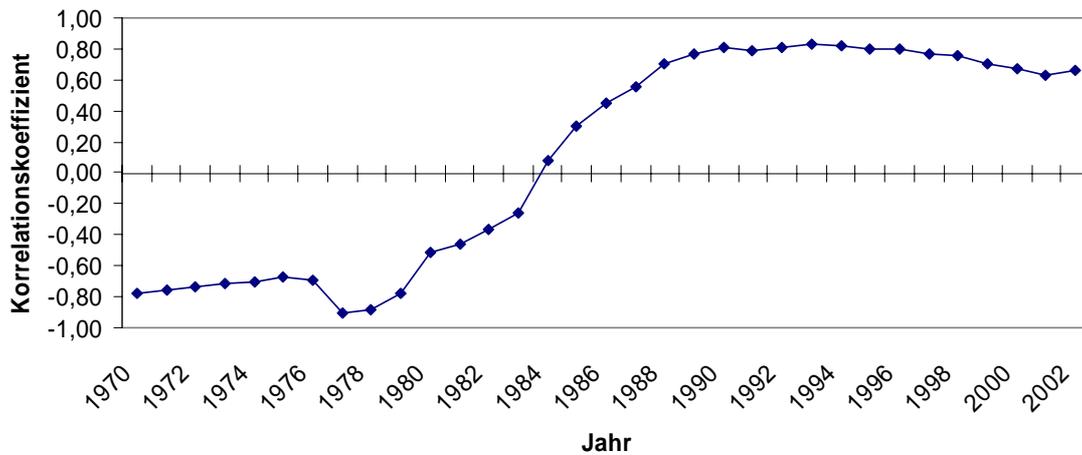
„Das Wohl der Familien, ihrer Kinder und das Ziel, dass sich wieder mehr Menschen ihre Kinderwünsche erfüllen, soll ein gesellschaftliches Anliegen werden. Denn Deutschland braucht mehr Kinder.“ (Koalitionsvertrag CDU, CSU und SPD vom 11.11.2005, 99)<sup>1</sup>

Erklärtes Ziel der politischen Handlungsträger ist es folglich, die staatlichen Rahmenbedingungen durch die Familienpolitik so zu gestalten, dass Paare zur Familiengründung ermutigt werden. Bei der Verfolgung dieses Zieles sollte Beachtung finden, dass es in den Ländern mit einer höheren Geburtenhäufigkeit gleichzeitig gelungen ist, auch den Anteil der erwerbstätigen Frauen zu steigern. Der offensichtlich bestehende Konflikt zwischen Frauenerwerbstätigkeit und Geburtenrate konnte überwunden werden. Diese Entwicklung hat dazu beigetragen, dass der bis Mitte der 1980er Jahre in den Industrieländern klar negative Zusammenhang zwischen der Frauenerwerbsquote und der zusammengefassten Geburtenziffer seit 1985 sein Vorzeichen verändert hat, so dass heute allgemein von einem positiven Zusammenhang zwischen der Erwerbsbeteiligung der Frauen und der Geburtenrate ausgegangen wird.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Auch Formulierungen wie „nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungspolitik“ (Rürup/Gruescu 2003) oder „bevölkerungsbewusste Familienpolitik“ (Wingen 2003) zeigen dies.

<sup>2</sup> Untersuchungen, die diesen Wechsel des Vorzeichens gezeigt haben, sind von Brewster/Rindfuss (2000), Ahn/Mira (2002) und Rindfuss/Guzzo/Morgan (2004) siehe auch Apps/Rees (2001), Apolte (2004) oder Adserà (2004). Kritisch zu einem generellen Wechsel des Vorzeichens siehe Kögel (2004), der aber dennoch bestätigt,

Korrelation der zusammengefassten Geburtenziffer und der Frauenerwerbstätigenquote im Länderdurchschnitt



Quelle: OECD 2005, eigene Berechnungen.

Diese Entwicklung wird darauf zurückgeführt, dass sich in diesen Ländern die institutionellen Rahmenbedingungen im Hinblick auf eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf verändert haben. So haben sich Werte und Normen gewandelt und die Einstellungen gegenüber berufstätigen Müttern sind positiver geworden. Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt haben die Erwerbstätigkeit von Müttern erleichtert. Im Rahmen familienpolitischer Maßnahmen ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch Regelungen zum Erziehungsurlaub oder durch die Verfügbarkeit von Kinderbetreuungsmöglichkeiten erhöht worden (Brewster/Rindfuss 2000, 283 ff.).

Wenn eine aktive Bevölkerungspolitik das erklärte politische Ziel ist, ist eine Verbesserung bzw. ein Ausbau des Systems frühkindlicher Bildung und Betreuung<sup>3</sup> folglich eines der entscheidenden Instrumente, um eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erzielen und somit die Geburtenrate positiv zu beeinflussen. Zudem würde das System frühkindlicher Bildung und Betreuung gleich in zweifacher Weise dazu beitragen, den Problemen des Alterungsprozesses in der Gesellschaft zu begegnen. Erstens würde die Frauenerwerbstätigkeit erhöht und zweitens könnte man einen Anstieg der Geburtenrate induzieren. In diese Richtung gehen derzeit bereits die Bemühungen der politischen Handlungsträger in Deutschland, z.B. im Rahmen des Tagesbetreuungsausbaugesetzes.<sup>4</sup> Damit vollzieht sich eine Abkehr vom bisherigen

---

dass der stark negative Zusammenhang deutlich abgeschwächt ist, so dass von einer geringer werdenden Inkompatibilität zwischen Frauenerwerbstätigkeit und Geburtenrate ausgegangen werden kann.

<sup>3</sup> Das System frühkindlicher Bildung und Betreuung umfasst die Bildung und Betreuung von Kindern von Geburt bis zum Eintritt in die Schule in Kindertageseinrichtungen oder in Tagespflege.

<sup>4</sup> Siehe hierzu z.B. die gemeinsame Veröffentlichung des BMFSFJ, des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e.V. und des Instituts der deutschen Wirtschaft (2004).

familienpolitischen Leitbild der „Alleinverdiener-Ehe“<sup>5</sup> hin zu einem Leitbild, das die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf als Ziel setzt.

Der skizzierte Zusammenhang zwischen der Fertilität und der Ausgestaltung des Systems frühkindlicher Bildung und Betreuung soll in dieser Arbeit am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland näher untersucht werden. Als Grundlage für die Überlegungen wird im Folgenden das Geburtenverhalten in Deutschland kurz skizziert. Im darauf folgenden Schritt wird herausgearbeitet, welche Faktoren die Entscheidung für bzw. gegen ein Kind beeinflussen. Als Basis der Analyse dient die ökonomische Theorie der Fertilität. Es soll gezeigt werden, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein wesentlicher Faktor in der Entscheidung für oder gegen ein Kind ist – aber nicht der Einzige. Im Anschluss daran wird der Frage nachgegangen, inwiefern durch die Gestaltung des Systems frühkindlicher Bildung und Betreuung ein positiver Einfluss auf das Geburtenverhalten ausgeübt werden kann.

## **2. Das Geburtenverhalten und der Kinderwunsch in Deutschland**

Die Bundesrepublik hat seit Jahren eine konstant niedrige zusammengefasste Geburtenziffer – im Jahr 2002 lag sie bei 1,31 (OECD 2005). Welche Effekte diese Entwicklung begleiten, soll hier kurz gezeigt werden, da auf diese Effekte in der späteren Analyse des Geburtenverhaltens zurückgegriffen wird. Darüber hinaus werden Ergebnisse aus Analysen zum Kinderwunsch präsentiert.

Dabei soll hier darauf hingewiesen werden, dass das Geburtenverhalten in der demographischen Forschung nahezu ausschließlich am Verhalten der Frauen erhoben und analysiert wird. Erst seit kurzem gibt es Untersuchungen zur Kinderlosigkeit und zum Kinderwunsch von Männern, die in die Darstellung hier aufgenommen worden sind (siehe BMFSFJ 2005).

### **2.1. Wichtige Daten zum Geburtenverhalten in Deutschland**

In der Literatur wird die niedrige Geburtenziffer in Deutschland vor allem auf zwei Effekte zurückgeführt (z.B. Althammer 2000, 120):

- (1) Die Zahl der Kinderlosen hat deutlich zugenommen, so dass Deutschland heute im europäischen Vergleich den höchsten Anteil an Kinderlosen hat (Lipinski/Stutzer

---

<sup>5</sup> Maßnahmen, die das „Alleinverdienermodell“ tendenziell fördern sind z.B. das Ehegattensplitting, die kostenlose Mitversicherung von nicht erwerbstätigen Ehepartnern in der Krankenversicherung, aber auch das Erziehungsgeld und die Elternzeit. All diese Maßnahmen unterstützen eine längere Unterbrechung der Erwerbsbiographie und fördern eben nicht eine kontinuierliche Erwerbsbeteiligung (Hülkamp/Seyda 2004, 7 und 64).

2004, 4).<sup>6</sup> Lag der Anteil der kinderlosen Frauen des Geburtsjahrgangs 1935 bei 6,7 %, so bleiben von den Frauen des Jahrgangs 1967 voraussichtlich 28,6 % kinderlos (Wiesmann/Hannich 2005, 790). Untersuchungen zur Kinderlosigkeit von Männern haben gezeigt, dass der Anteil dauerhaft kinderloser Männer höher ist als bei den gleichaltrigen Frauen (Schmitt/Winkelmann 2005, 6).<sup>7</sup> Die Kinderlosigkeit nimmt bei den Frauen mit steigendem Bildungsniveau deutlich zu.<sup>8</sup> So liegt der Anteil der dauerhaft kinderlosen Akademikerinnen bei den 1959-1962 geborenen Frauen voraussichtlich bei 37 % und bei späteren Geburtsjahrgängen deutet sich bereits ein weiterer Anstieg der Kinderlosigkeit an.<sup>9</sup> Der Anteil der kinderlosen männlichen Akademiker liegt demgegenüber deutlich niedriger. So sind 17 % der hoch qualifizierten Männer der Altersgruppe 40 bis 54 Jahre kinderlos (BMFSFJ 2005, 3). Betrachtet man hingegen die Gruppe der Hauptschulabgänger, so zeigt sich dass hier der Anteil kinderloser Männer deutlich über dem der kinderlosen Frauen liegt (Schmitt/Winkelmann 2005, 10f.). Somit scheint es einen gegenläufigen, geschlechtsspezifischen Zusammenhang zwischen Kinderlosigkeit und Bildungsniveau zu geben.

(2) Die Zahl der Familien mit mehr als zwei Kindern ist deutlich zurückgegangen (Bertram/Rösler/Ehlert 2005, 11). Wenn die Entscheidung für ein Kind gefallen ist, wird in der Regel zwar auch ein zweites Kind geboren. Die Ein-Kind-Familie gibt es in Deutschland immer weniger (Hülkamp/Seyda 2004, 8). Aber auch die Entscheidung für ein drittes oder viertes Kind wird in Deutschland immer seltener getroffen. So bringen in Ländern wie den USA, Frankreich oder Finnland ungefähr

---

<sup>6</sup> Erwähnt sei an dieser Stelle, dass die Kinderlosigkeit auch in Ländern mit höheren Geburtenraten hoch ist. So verzeichnen die USA und Finnland eine Kinderlosigkeit von 20 % bis 22 % (Bertram/Rösler/Ehlert 2005, 10).

<sup>7</sup> Eine Erklärung dafür ist, dass zumindest einige Männer sich bei nichtehelichen Geburten nicht zur Vaterschaft bekennen oder ihnen schlicht nicht bekannt ist, dass sie Vater geworden sind. Möglicherweise ist es bei Männern auch häufiger als bei Frauen der Fall, dass sie mit mehr als einer Partnerin Kinder haben (Schmitt/Winkelmann 2005, 7).

<sup>8</sup> Dieser Zusammenhang führt dazu, dass die durch Kindererziehung entstehenden Kosten vor allem von sozial weniger privilegierten Gesellschaftsgruppen getragen werden (Wirth/Dümmler 2004, 2). Unter Umständen zeigen sich die ersten Ergebnisse dieser Entwicklung schon heute daran, dass Kinder neben Arbeitslosigkeit das größte Armutsrisiko darstellen (Wiesmann/Hannich 2005, 790). Eine so hohe und so stark zunehmende Quote an Kindern in relativer Armut findet man in keinem anderen führenden Industrieland (Borchert 2005, 45).

<sup>9</sup> An dieser Stelle muss darauf hingewiesen werden, dass die in den Medien vielfach genannte Zahl, dass 44 % der Akademikerinnen kinderlos sind, wohl zu hoch liegt. Bisher wurde in der Statistik von einer dauerhaften Kinderlosigkeit ausgegangen, wenn Frauen bis zu ihrem 39. Lebensjahr keine Kinder hatten. Bei Akademikerinnen Ende 30 scheint es jedoch zu nennenswerten Nachholprozessen in der Familiengründung zu kommen, so dass die im Text genannten Zahlen Frauen bis zum Alter von 44 Jahren berücksichtigen (Duschek/Wirth 2005, 808 und Wirth/Dümmler 2004, 4). Analysen auf Basis des Sozioökonomischen Panels kommen sogar zu dem Ergebnis, dass die Kinderlosigkeit der 1950-1960 geborenen Akademiker und Akademikerinnen unter 25 % liegt. Dabei liegt dem SOEP ein biographisches Konzept zur Erfassung von Elternschaft zugrunde, im Gegensatz zum Ansatz des Mikrozensus, der die aktuelle Haushaltskomposition zu einem bestimmten Stichtag als Basis hat (Schmitt/Winkelmann 2005, 9 f.).

doppelt so viele Frauen drei Kinder zur Welt wie in Deutschland (Bertram/Rösler/Ehlert 2005, 11).

Neben diesen zwei grundlegenden Tendenzen gibt es weitere Entwicklungen, die das Geburtenverhalten in Deutschland beeinflussen und die deshalb hier kurz erwähnt werden. Die Zahl der Eheschließungen ist deutlich gesunken und wenn geheiratet wird, dann deutlich später (Wiesmann/Hannich 2005, 790). Dennoch ist die Elternschaft auch heute stark an die von einer Eheschließung ausgehenden formalen Sicherheiten gebunden. Von den 37 bis 40-jährigen Ehefrauen hatten Anfang 2004 85 % Kinder (Duschek/Wirth 2005, 819). Zudem hat die Zahl der Scheidungen deutlich zugenommen. Heute sind Partnerschaften und Ehen oft nur noch Optionen auf Zeit und es leben immer mehr Menschen in Singlehaushalten (Lipinski/Stutzer 2004, 5). 2003 lebten annähernd 50 % der kinderlosen Männer im Alter von 33 bis 42 Jahren ohne Partnerin, weitere 20 % lebten in einer Beziehung ohne gemeinsamen Haushalt. Bei den kinderlosen Frauen lebt ungefähr jede Fünfte ohne festen Partner (Schmitt/Winkelmann 2005, 12f.). Bei den partnerlosen Frauen zeigt sich wiederum ein Bildungseffekt, so dass hoch qualifizierte Frauen häufiger als Single leben (Duschek/Wirth 2005, 818).

Die Erwerbstätigkeit von Frauen ist in Westdeutschland seit 1985 kontinuierlich angestiegen und liegt 2003 insgesamt bei 64 %. In Ostdeutschland hat sich die Frauenerwerbstätigenquote auf einem Niveau von 68 % eingependelt. Dabei können anhand folgender Tabelle wesentliche Trends aufgezeigt werden:

**Erwerbstätigen- und Teilzeitquoten von 37-40-jährigen Frauen im früheren Bundesgebiet in Prozent**

Jahr	Insgesamt	Kinderlose	Mütter	Davon mit Universitäts-/ Fachhochschulabschluss		
				Insgesamt	Kinderlose	Mütter
<b>Erwerbstätigenquote</b>						
1987	59	80	51	78	92	71
1991	67	86	60	77	92	70
1995	68	86	62	77	90	69
2003	75	87	70	83	93	76
2004	75	88	69	83	93	75
<b>Teilzeitquote</b>						
1987	43	21	55	40	15	57
1991	48	21	62	46	19	62
1995	49	18	65	41	16	59
2003	54	17	73	42	15	65
2004	54	19	74	40	16	63

Quelle: Duschek/Wirth (2005, 813)

Die Daten basieren auf Ergebnissen des Mikrozensus.

Die Daten bestätigen die bereits erwähnte Erhöhung der Frauenerwerbstätigenquote. Dabei ist eine erwartete hohe Erwerbsbeteiligung von kinderlosen Frauen sowie generell von hoch qualifizierten Frauen zu beobachten. Auch wenn sie Kinder haben, scheinen hoch qualifizierte Frauen in der überwiegenden Mehrheit erwerbstätig zu sein. Interessant ist die starke Zunahme der Erwerbstätigenquote der Mütter. Ein wesentlicher Grund dafür dürfte die ebenfalls starke Zunahme der Teilzeitquote der Mütter sein. Erwartungsgemäß ist die Teilzeitquote bei Kinderlosen gering. Bei den hoch qualifizierten Müttern ist Teilzeitarbeit seltener als bei den Müttern allgemein (Duschek/Wirth 2005, 813 f.). Berücksichtigt man bei der Analyse der Erwerbstätigkeit von Müttern das Alter der Kinder, so zeigt sich, dass die Erwerbstätigenquote von Müttern mit Kleinkindern seit Mitte der 1980er Jahre nicht angestiegen ist. Sie liegt nach leichten Schwankungen in Westdeutschland bei 28 %, im Osten bei 32 % (Bothfeld/Schmidt/Tobsch 2005, 13 ff.).

Das Alter der Erstgeburt hat sich in den vergangenen Jahren deutlich nach hinten verschoben. Während 1980 das durchschnittliche Alter der Frauen in Westdeutschland bei der Erstgeburt 25,2 Jahre betragen hat – in der ehemaligen DDR 22,2 Jahre – waren Frauen in Westdeutschland im Jahr 2000 durchschnittlich bei der Geburt ihres ersten Kindes 29 Jahre alt und 28 Jahre in Ostdeutschland (Wiesmann/Hannich 2005, 790).<sup>10</sup> Dabei steigt das Alter der Erstgeburt mit dem Bildungsniveau an (Duschek/Wirth 2005, 809). Im Vergleich zu Frauen aus niedrigeren Bildungsgruppen gründen Frauen mit Hochschul- oder Fachhochschulabschluss im Durchschnitt fünf Jahre später eine Familie (Wirth/Dümmler 2004, 2). Dieses Aufschieben trägt mit dazu bei, dass aufgrund der biologischen Beschränkungen aus der vorläufigen eine dauerhafte Kinderlosigkeit wird (Hülkamp/Seyda 2005, 113).

## **2.2. Analysen zum Kinderwunsch in Deutschland**

Im Allgemeinen wird davon ausgegangen, dass zwar nur noch wenige Kinder geboren werden, dass aber der Kinderwunsch in der Bevölkerung deutlich höher ist (siehe z.B. d'Addio/d'Ercole 2005, 41 f.). Mittlerweile liegen zu diesem Thema sehr aufschlussreiche Untersuchungen für einige europäische Länder vor.<sup>11</sup> Anhand der Befragungen konnte

---

<sup>10</sup> Insgesamt ist es erstaunlich, wie schnell sich das Geburtenverhalten in den neuen Bundesländern – nach dem demographischen Schock – an die Verhältnisse in den alten Bundesländern angenähert hat (Duschek/Wirth 2005, 810).

<sup>11</sup> Zum einen wurde das Thema „Kinderwünsche“ 1999/2000 in die Umfrage „Eurobarometer“ aufgenommen aus der Ergebnisse vorliegen (Dorbritz 2004 und Goldstein/Lutz/Testa 2003). Zum anderen wurden im Rahmen der „Population Policy Acceptance Study“ Befragungen u.a. zum Thema Kinderwunsch in 14 europäischen Ländern durchgeführt (Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung/Robert Bosch Stiftung 2005). Die folgenden

gezeigt werden, dass sich der Kinderwunsch in Europa immer noch weitgehend am Ideal der Familie mit (mindestens) zwei Kindern orientiert – in Deutschland gilt dies aber nur abgeschwächt. So wurde für Deutschland ein Kinderwunsch von 1,52 Kindern ermittelt. Länder, die ebenfalls einen sehr niedrigen Wert an Kinderwünschen hatten, sind Österreich, Italien, Rumänien oder Bulgarien.<sup>12</sup> Dabei haben deutsche Frauen mit 1,74 Kindern den zweitniedrigsten Kinderwunsch und die deutschen Männer mit 1,31 den mit Abstand niedrigsten Kinderwunsch im europäischen Vergleich (Dorbritz 2004, 13 und 15). Zudem fällt auf, dass Kinderwunsch und die tatsächlich realisierte Kinderzahl in Deutschland – im Gegensatz zu den meisten anderen Ländern - kaum auseinander fallen (BiB/Robert Bosch Stiftung 2005, 11 und d’Addio/d’Ercole 2005, 42). Dazu kommt, dass sich in Deutschland eine beträchtliche Anzahl von Männern und Frauen gar keine Kinder mehr wünscht. Während sich im Durchschnitt von 28 europäischen Ländern lediglich 5,5 % der 18- bis 34-jährigen Frauen gar keine Kinder wünschen, haben von den deutschen befragten Frauen 12,6 % diese Antwort gegeben. Bei den befragten (westdeutschen) Männern wünschten sich sogar 28 %, in einer Lebensform ohne Kinder zu leben (Dorbritz 2004, 15). Damit scheint die Polarisierung in der Gesellschaft zwischen Kinderlosen und denjenigen, die eine Familie gründen, schon im Kinderwunsch angelegt zu sein (BiB/Robert Bosch Stiftung 2005, 11).

### **3. Die Analyse der Fertilitätsentscheidung**

In diesem Kapitel wird zunächst die Entscheidung für oder gegen ein Kind näher theoretisch beleuchtet, um beurteilen zu können, auf welche Faktoren die niedrigen Geburtenraten zurückzuführen sind. Den Ausgangspunkt der Überlegungen bildet dabei die ökonomische Theorie der Fertilität, die im folgenden Abschnitt skizziert wird. Im Anschluss daran wird vor dem Hintergrund der präsentierten Daten zum Geburtenverhalten diskutiert, welches Erklärungspotenzial der ökonomische Ansatz hat. Dabei gilt es vor allem zu prüfen, inwieweit die mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf Ursache für die niedrigen Geburtenzahlen sein kann, so dass durch die Ausgestaltung des Systems frühkindlicher Bildung und Betreuung ein positiver Effekt auf die Geburtenentwicklung zu erwarten wäre. Im dritten Abschnitt werden dann Schwachstellen am ökonomischen Ansatz aufgezeigt und diskutiert.

---

Ausführungen beziehen sich auf diese beiden Quellen, wobei genannte Zahlen aus der Veröffentlichung von Dorbritz (2004) stammen. Die Ergebnisse in den beiden Studien sind aber nur minimal unterschiedlich.

<sup>12</sup> Länder, in denen die Befragten die größten Kinderwünsche hatten sind Frankreich (2,25), Großbritannien (2,23), Dänemark (2,14), Irland (2,13) und Finnland (2,06) (Dorbritz 2004, 11).

### 3.1. Die ökonomische Theorie der Fertilität

Die moderne ökonomische Theorie der Fertilität – auch Theorie endogener Fertilität genannt (Althammer 2000, 106) – wurde von Gary S. Becker im Rahmen seiner ökonomischen Theorie der Familie 1960 begründet.<sup>13</sup> Im Rahmen eines haushaltproduktionstechnischen Ansatzes rückt Becker die Leistungserstellung innerhalb der Familie in den Mittelpunkt der Analyse. Er überträgt dabei den Kern des ökonomischen Ansatzes – wie er ihn definiert – nämlich die Annahme nutzenmaximierenden Verhaltens der Individuen, Marktgleichgewicht und Präferenzstabilität auf familiäre Entscheidungen (Ott 1998, 64 f.):

„Die Analyse geht davon aus, dass der einzelne seine Wohlfahrt, *so wie er sie sieht*, maximiert – ob er nun egoistisch, altruistisch, loyal, boshaft oder masochistisch ist. ... Der Handlungsspielraum des einzelnen wird durch Einkommen, Zeit, Mängel des Gedächtnisses und der Kalkulationsfähigkeit, andere begrenzte Mittel und auch durch die in der Wirtschaft sonstwo verfügbaren Handlungsalternativen eingeschränkt, ... aber die grundlegende Restriktion ist die begrenzte Zeit.“ (Becker 1992/1996, 22, Hervorhebungen im Original)

Diesen ökonomischen Analyserahmen wendet Becker unter Abstraktion von Emotionen auf die Entscheidung von Paaren für oder gegen ein Kind an. Becker betrachtet dabei Kinder als langlebige Konsum- und Produktionsgüter, die den Eltern nutzen stiften.<sup>14</sup> Potenzielle Eltern wägen im Rahmen einer rationalen Entscheidung die Kosten und den Nutzen ab, den Kinder ihnen stiften, und entscheiden sich danach entsprechend ihrer budgetären Beschränkungen für oder gegen eine Realisierung ihres Kinderwunsches (Becker 1960/1993, 122). Grundvoraussetzung für die von Becker getroffene Annahme eines rationalen Entscheidungsprozesses war dabei das zunehmende Wissen über Empfängnisverhütung, das eine rationale Planung des Geburtenverhaltens erst ermöglichte (Becker 1960/1993, 189).

Kinder stiften den Eltern Nutzen in Form von „psychischem Einkommen oder psychischer Befriedigung“ (Becker 1960/1993, 189), also primär Nutzen immaterieller Art. Bei den Kosten wird zwischen den direkten Kosten und den Opportunitätskosten unterschieden. Direkte Kosten verursachen Kinder in Form von Ausgaben für Kleidung, Wohnung, Ernährung sowie für die Erziehung und Bildung. Die Opportunitätskosten von Kindern

---

<sup>13</sup> Allerdings liegt der eigentliche Ursprung von ökonomischen Theorien der Fertilität wohl bei Thomas Malthus, auf dessen Arbeiten sich Becker auch bezieht (Becker 1960/1993, 118). Neben Becker hat Leibenstein bereits 1957 Ansätze einer mikroökonomischen Theorie der Fertilität formuliert (Leibenstein 1974, 460 f.).

<sup>14</sup> Dazu Becker: „Es mag weit hergeholt, künstlich oder sogar unmoralisch erscheinen, Kinder mit Autos, Häusern oder Maschinen zu vergleichen. Aber eine solche Klassifizierung besagt ja nicht, dass die Befriedigung oder die Kosten, die mit Kindern verbunden sind, moralisch gesehen der gleichen Kategorie zuzuordnen sind wie diejenigen, die mit anderen langlebigen Gütern verbunden sind.... Abstrahiert man von der Art der Befriedigung, die Kinder gewähren, so eröffnet sich die Möglichkeit, die „Nachfrage“ nach Kindern mit einem hochentwickelten Zweig der ökonomischen Theorie in Zusammenhang zu bringen.“ (1960/1993, 190)

ergeben sich aus dem Problem der Zeitallokation. Die Betreuung und Erziehung der Kinder erfordert einen erheblichen Zeitaufwand, den nach Becker in der Regel die Mutter aufbringt (Becker 1985/1996, 103). Dadurch entgeht der Mutter Nutzen, den sie durch die Erbringung von Arbeitsleistung am Markt erzielen könnte. Dieser entgangene Nutzen entspricht den Opportunitätskosten von Kindern. Können Frauen auf dem Arbeitsmarkt zunehmend Erwerbseinkommen erwirtschaften oder steigt das für die potenzielle Mutter zu erzielende Einkommen auf dem Markt, so erhöht dies zunächst das Familieneinkommen, so dass ein positiver Effekt auf das Geburtenverhalten zu erwarten wäre. Gleichzeitig geht aber auch ein höherer Anteil des Familieneinkommens verloren, wenn Kinder geboren werden und die Frau – zumindest vorübergehend – aus dem Arbeitsmarkt austritt. Das heißt die Opportunitätskosten von Kindern steigen an und Kindererziehungszeit wird substituiert durch Erwerbsarbeit, so dass weniger Kinder geboren werden (Ermisch 2003, 116).<sup>15</sup>

Becker beschäftigt sich weitergehend mit dem Einfluss des Einkommens auf die Zahl der Kinder. Dabei führt er den Begriff der „Qualität der Kinder“ ein. Die „Qualität der Kinder“ geht in die Nutzenfunktion der Eltern ein und ist abhängig von den Aufwendungen, die Eltern für die Ausbildung, die Erziehung und die Gesundheit ihrer Kinder tätigen (Becker 1960/1993, 190 und 1985/1996, 104f.). Eltern müssen damit abwägen zwischen der Zahl der Kinder und der „Qualität der Kinder“. Bei steigendem Einkommen der Eltern ist zunächst davon auszugehen, dass die Zahl der Kinder steigt. Allerdings steigt mit dem Einkommen die Nachfrage der Eltern nach „qualitativ höherwertigen Kindern“, so dass Eltern die Ausgaben für ihre Kinder erhöhen werden (Ermisch 2003, 109 ff.). Steigende Einkommen führen somit zu einem Einkommenseffekt, der aber durch einen stärkeren Substitutionseffekt hinsichtlich der „Qualität der Kinder“ überlagert wird (Becker 1960/1993, 191). Damit erklärt Becker den empirisch beobachteten langfristigen Geburtenrückgang bei gleichzeitig steigenden Einkommen in den Industrieländern.<sup>16</sup>

---

<sup>15</sup> Theoretisch wird dieser Zusammenhang ausführlich im Rahmen des Galor-Weil-Modells aufgezeigt, wobei dort auch noch das Wirtschaftswachstum einbezogen wird (Galor/Weil 1996).

<sup>16</sup> Weitere Faktoren, die nach Becker zu dem Geburtenrückgang beigetragen haben, sind die sinkende Kindersterblichkeit und immer bessere Empfängnisverhütungsmethoden (Becker 1960/1993, 192). Weiterführende Überlegungen zu diesem demographisch-ökonomischen Paradoxon finden sich bei Petersen/Lübcke (2006).

### **3.2. Das Erklärungspotenzial des Opportunitätskostenansatzes**

Auch wenn Beckers Überlegungen auf den ersten Blick befremdlich erscheinen, trifft es – heute wohl noch mehr als 1960 – zu, dass die Entscheidung für oder gegen Kinder von den potenziellen Eltern im Rahmen eines sehr bewussten Entscheidungsprozesses getroffen wird – bilden Familie und Kinder heute doch nicht mehr die zentrale Lebensperspektive, sondern sind eine Option der Lebensgestaltung unter vielen. Es ist daher sehr plausibel, dass Paare die mit Kindern verbundenen Nutzenerwartungen gegen die mit Kindern vermutlich verbundenen Kosten und Einschränkungen ihrer eigenen Möglichkeiten abwägen und sich je nach Ergebnis für oder gegen ein Kind entscheiden.<sup>17</sup> Damit bietet der Kern von Beckers Theorie – der Opportunitätskostenansatz – offensichtlich ein gutes Fundament für die Analyse des Geburtenverhaltens.

Zunächst kann mit Hilfe des Opportunitätskostenansatzes gezeigt werden, warum die Frauenerwerbstätigkeit in der Vergangenheit kontinuierlich gestiegen ist. Die früher zeitintensive Haushaltsproduktion wurde durch technischen Fortschritt soweit vereinfacht, dass sie immer weniger Zeit in Anspruch genommen hat. Damit konnten Frauen verstärkt Zeit für eine Erwerbstätigkeit aufwenden. Investitionen in marktfähiges Humankapital der Frauen wurden sinnvoll, da damit höhere Einkommen erzielt werden konnten, was den Aufholprozess von Frauen im Bildungsbereich erklärt (Ott 1998, 70).

Eine Konsequenz aus der zunehmenden Erwerbstätigkeit von Frauen ist, wie oben bereits ausgeführt, dass die Geburtenrate sinkt. Der mit der zunehmenden Erwerbstätigkeit von Frauen einhergehende Anstieg des Bildungsniveaus führt zudem zu zwei weiteren Effekten. Zum einen verschieben längere Ausbildungszeiten die Familiengründung weiter nach hinten. Dies bestätigen die empirischen Ergebnisse hinsichtlich einer Verschiebung der Altersstruktur.<sup>18</sup> Zum anderen steigen durch die Investitionen in das Humankapital die Möglichkeiten der Einkommenserzielung für Frauen und damit wiederum die Opportunitätskosten der Kinder (d’Addio/d’Ercole 2005, 27). Der hohe Anteil an kinderlosen Akademikerinnen belegt dies. Damit sind Opportunitätskostenüberlegungen in der Phase der Familiengründung von erheblicher Bedeutung und ihr Einfluss auf das Fertilitätsverhalten hat im Zeitablauf zugenommen. Dieser Befund konnte im Rahmen

---

<sup>17</sup> Siehe hierzu Borchardt/Stöbel-Richter (2004, 53f.). Nicht unerwähnt bleiben soll dabei jedoch der Fall der ungewollt oder ungeplanten Schwangerschaft. So ist nach Untersuchungen in der Gruppe der alleinerziehenden Mütter die ungeplante Schwangerschaft wohl eher der „Normalfall“ (Borchardt/Stöbel-Richter 2004, 54). Insgesamt ist aber davon auszugehen, dass der größte Teil der Geburten geplant erfolgt.

<sup>18</sup> Nach Althammer ist dieser Prozess aber nicht für den Rückgang der Kohortenfertilität verantwortlich (Althammer 2000, 126).

einer empirischen Untersuchung von Althammer bestätigt werden (Althammer 2000, 126). Betrachtet man hingegen die Entscheidung für ein weiteres Kind, so ist beim zweiten Kind noch ein signifikanter Einfluss des Opportunitätskosteneffektes beobachtbar (Althammer 2000, 127). Allerdings weist die Tatsache, dass es in Deutschland nur einen geringen Anteil von Familien mit einem Kind gibt darauf hin, dass der Opportunitätskosteneffekt abgeschwächt ist und dass Überlegungen bezüglich der Vorteilhaftigkeit des Aufwachsens mit Geschwistern die Entscheidung für ein zweites Kind begünstigen. Beim Übergang zur kinderreichen Familie tritt die Bedeutung der Opportunitätskosten mehr in den Hintergrund. Eine Erklärung dafür ist, dass die Erwerbsunterbrechung mit steigender Kinderzahl immer länger andauert und die Opportunitätskosten einer weiteren Geburt geringer werden (Althammer 2000, 127).

Die theoretischen Überlegungen zeigen, dass für jüngere Frauen der Konflikt zwischen Familie und Beruf größer geworden ist, so dass von Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein positiver Effekt auf das Geburtenverhalten zu erwarten ist. Einen Beleg dafür geben die eingangs erwähnten Länder, in denen es gelungen ist, eine steigende Erwerbsquote der Frauen mit steigenden Geburtenraten gemeinsam zu realisieren. Auch Becker selbst führt das am Beispiel Schwedens auf eine großzügige Subventionierung von „Kinderbetreuungseinrichtungen“ und Lohnfortzahlungen für die Eltern Neugeborener zurück (Becker 1992a/1996, 140; siehe auch Fehn 1998, 92).<sup>19</sup> Allerdings scheint der negative Zusammenhang zwischen Frauenerwerbstätigkeit und Kinderbetreuung ohne eine Subventionierung von Substituten zur elterlichen Kinderbetreuung kaum auflösbar zu sein. Ein Indiz dafür ist, dass die Preisentwicklung für Kinderbetreuung parallel zu den Einkommenssteigerungen von Frauen verläuft. Ott schreibt dazu:

„Bei steigenden Einkommensmöglichkeiten, auf die zugunsten der Kindererziehung verzichtet werden muß, und bei gleichzeitig weniger stark steigenden Preisen von anderen Gütern ist daher Kindererziehung im Vergleich zu diesen Gütern relativ teurer geworden, was Anreize zur Reduzierung der Kinderzahlen setzt.“ (Ott 1998, 70 f.)

Allerdings ist die Verfügbarkeit von günstigen Kinderbetreuungseinrichtungen nicht der einzige Ansatzpunkt, um hohe Frauenerwerbsquoten und hohe Geburtenraten zu erreichen. Hier sind weitere Maßnahmen zu berücksichtigen, die eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern, wie z.B. flexible Arbeitszeitmodelle. Aber auch die Ausgestaltung des Steuersystems mit den damit verbundenen Anreizwirkungen kann

---

<sup>19</sup> Nach Ott kann der Beckersche Ansatz diese neueren Entwicklungen eigentlich nicht erklären. Dem ist insofern zuzustimmen, als Becker bei der Erklärung des positiven Zusammenhangs zwischen Frauenerwerbstätigkeit und Geburtenverhalten institutionelle Rahmenbedingungen in sein Modell einführt (siehe Ott 1998, 71 f.).

Auswirkungen auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf haben.<sup>20</sup> Darüber hinaus hat die Regulierung des Arbeitsmarktes einen Einfluss auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Betrachtet man die englischsprachigen Länder, so findet dort keine Subventionierung von Kinderbetreuungsmaßnahmen statt. Es gibt lediglich Unterstützungen für Familien mit geringem Einkommen (Brewster/Rindfuss 2000, 288). Gerade in den USA sind aber Frauenerwerbstätigkeit und Geburtenrate relativ hoch. Eine Erklärung dafür ist, dass in den USA der Arbeitsmarkt so flexibel ist, dass der Wiedereinstieg in den Beruf für Frauen offensichtlich kein Problem darstellt (Adserà 2004). In den skandinavischen Ländern ist zudem anzumerken, dass ein beträchtlicher Anteil der erwerbstätigen Frauen im öffentlichen Sektor arbeitet, in dem es besondere Arbeitsplatzgarantien gibt. Dieser Faktor trägt wohl neben Kinderbetreuungseinrichtungen zu einer guten Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei (Adserà 2004).

Im Folgenden wird der ursprünglich statische Ansatz von Becker um eine dynamische Betrachtung erweitert.<sup>21</sup> Gerade die Entscheidung für oder gegen Kinder ist eine sehr langfristige Entscheidung. Frauen und Männer, die vor einer solchen Entscheidung stehen, werden antizipieren, welche Folgen eine heutige Entscheidung in der Zukunft hat. In einer dynamischen Betrachtung wird damit berücksichtigt, dass das Ausscheiden von Frauen aus dem Arbeitsmarkt zur Kinderbetreuung ihren mittel- und langfristigen Einkommensverlauf beeinträchtigt. Damit erhöhen sich erneut die im Kalkül berücksichtigten Opportunitätskosten von Kindern erheblich (Ermisch 2003, 130).<sup>22</sup> Aber auch die Position der Frau in der Partnerschaft verändert sich. Da die Möglichkeiten, Einkommen auf dem Arbeitsmarkt zu erzielen, durch Erziehungszeiten schlechter werden, wird die Verhandlungsposition der Frau im Rahmen der Partnerschaft geschwächt (Ott 1998, 87). Ist es darüber hinaus denkbar, dass die Beziehung scheitert – worauf steigende Scheidungszahlen hinweisen – ist die Situation für die Frau noch riskanter. Besteht doch die Möglichkeit, dass sie das Kind allein erziehen und finanzieren muss, bei insgesamt schlechteren Möglichkeiten, Einkommen zu erwirtschaften (Becker 1985/1996, 110).

---

<sup>20</sup> Untersuchungen zu Auswirkungen des Steuersystems auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf finden sich bei Apps/Rees (2001) oder Hülskamp/Seyda (2005).

<sup>21</sup> Siehe hierzu die Kritik von Ott an Beckers Ansatz (Ott 1998, 72 ff.).

<sup>22</sup> Ziefle zeigt in einer empirischen Analyse der kurz- und längerfristigen Folgen des Erziehungsurlaubs für den Karriereverlauf von Müttern, dass die Karrierenachteile von Frauen umso größer sind, je länger sie nicht erwerbstätig ist. Dabei zieht die Erwerbsunterbrechung langfristige Lohneinbußen sowie geringere Aufstiegs- und Berufschancen nach sich. Das gilt für Frauen aller Bildungsschichten gleichermaßen. Damit dürften die geringeren Löhne von Frauen zu einem beträchtlichen Teil dadurch entstehen, dass Frauen die ökonomischen Kosten der Kinderbetreuung tragen. Zudem antizipieren rationale Arbeitgeber dieses Verhalten und beschäftigen Frauen von vornherein auf geringerwertigen Positionen und investieren weniger in die berufliche Weiterbildung von Frauen (Ziefle 2004)

Durch die Einführung verbindlicher Verträge zwischen den Partnern kann dieses Risiko allerdings abgeschwächt werden (Ott 1998, 88). Der auch heute starke Zusammenhang zwischen Heirat und Geburtenverhalten zeigt, dass eine diesbezügliche Absicherung in der Realität auch gesucht wird. Ein Restrisiko bleibt jedoch bestehen, das sich durchaus negativ auf die Entscheidung für oder gegen ein Kind auswirken kann.

Ein weiterer Aspekt im Rahmen einer dynamischen Betrachtung ist, dass Paare aufgrund von ökonomischen Rahmenbedingungen kalkulieren, welche Opportunitätskosten und welche Risiken mit der Verwirklichung ihres Kinderwunsches verbunden sind. Ist zum Beispiel die Arbeitsplatzunsicherheit sehr hoch, ist es für ein Paar sehr riskant, wenn ein Partner sich aus Gründen der Kindererziehung aus dem Arbeitsmarkt zurückzieht und die Familie sich auf das Einkommenspotenzial nur eines Partners verlässt (Fehn 1998, 95). Auch hier erhöhen sich die Opportunitätskosten und die Risiken, wenn ein Partner zur Kindererziehung aus dem Arbeitsmarkt ausscheidet. Empirische Untersuchungen haben gezeigt, dass ein Anstieg der Arbeitslosenquote, zu einer statistisch nachgewiesenen Verschiebung des Geburtszeitpunktes führt und negative Auswirkungen auf die Kohortenfertilität hat (Althammer 2000, 127 siehe auch Adserà 2004, 19). Auch die heutigen Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt hinsichtlich der Flexibilität und Mobilität von Arbeitnehmern führen dazu, dass die Opportunitätskosten von Kindern steigen, da Mobilität im Rahmen familiärer Lebensumstände deutlich schwerer umzusetzen ist.

Im Rahmen einer vorläufigen Beurteilung kann festgehalten werden, dass mit Hilfe des Opportunitätskostenansatzes wesentliche Aspekte des Geburtenrückgangs erklärt werden können. Es konnte herausgearbeitet werden, wie groß die Bedeutung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Rahmen der Entscheidung für oder gegen ein Kind ist. Damit ist davon auszugehen, dass das System frühkindlicher Bildung und Betreuung einen erheblichen Einfluss auf das Geburtenverhalten hat.<sup>23</sup> Die Analyse hat aber ebenso gezeigt, dass dies nicht der einzige Faktor ist, der einen Einfluss auf die Geburtenrate hat. Vielmehr gibt es weitere Maßnahmen, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern und Berücksichtigung finden sollten. Zudem ist der Einfluss von wirtschaftlichen Rahmendaten auf das Geburtenverhalten nicht zu vernachlässigen.

---

<sup>23</sup> Dies kann auch empirisch belegt werden. Betrachtet man die Korrelation zwischen Geburtenrate und der Betreuungsquote für unter Dreijährige, so verzeichnen Länder mit einer höheren Betreuungsquote auch eine höhere Geburtenrate (Roland Berger Strategy Consultants 2006, 27).

### 3.3. Kritik an Beckers Ansatz

Zwei Kritikpunkte an der ökonomischen Theorie der Fertilität sollen hier kurz thematisiert werden – zum einen die mangelnde mikrotheoretische Fundierung der Theorie und zum anderen die weitgehende Vernachlässigung der institutionellen Rahmenbedingungen.<sup>24</sup>

#### (1) Mangelnde mikrotheoretische Fundierung

In Beckers Überlegungen zur Fertilitätsentscheidung findet sich nicht wieder, dass die Entscheidung, Kinder zu bekommen, von Partnern getroffen wird, die durchaus unterschiedliche Präferenzen haben können. Damit stellt sich jedoch die Frage, inwieweit die mikrotheoretische Fundierung von Beckers Ansatz im Rahmen seiner Fertilitätstheorie gewährleistet ist (Hülkamp/Seyda 2004, 20).<sup>25</sup> Insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Anzahl kinderloser Männer noch höher ist als die kinderloser Frauen wäre es notwendig, dass die Fertilitätsentscheidung nicht allein auf der Grundlage der Situation von Frauen analysiert wird – wie es bisher ganz überwiegend gemacht wird – sondern die Position der Männer in die Analyse einbezogen würde. Die bisherige Herangehensweise bei Becker, aber auch in der empirischen Forschung zeigt, dass das klassische Rollenmuster noch sehr wenig hinterfragt wird, sondern immer noch von einer „natürlichen“ Zuständigkeit der Frau im Rahmen der Kindererziehung ausgegangen wird. Damit vernachlässigt die Forschung jedoch, dass die Entscheidung für oder gegen ein Kind von zwei Individuen getroffen wird. Wichtige Fragestellungen, wie z.B. welche Rahmenbedingungen Männer von der Entscheidung für ein Kind abhalten, bleiben ausgeklammert (Bertram/Rösler/ Ehlert 2005, 16 und Schmitt/Winkelmann 2005, 3). Die mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist jedoch nicht nur ein Problem für potenzielle Mütter. Auch für potenzielle Väter ist die mangelnde Vereinbarkeit ein Problem, das dazu führen kann, dass ein eigentlich bestehender Kinderwunsch nicht realisiert wird. So geben 41 % der Väter an, dass ihnen der Beruf zuwenig Zeit für die Familie lässt, und nur noch 26 % der westdeutschen und 15 % der ostdeutschen Männer sehen ihre wesentliche Aufgabe in der Ernährung der Familie (BMFSFJ 2005, 8). Damit werden bessere Vereinbarkeitsmöglichkeiten von Familie und Beruf für Männer und Frauen zu einem wichtigen Thema in der Familienpolitik. Ein gutes System frühkindlicher Bildung und Betreuung ist hier ein wichtiger Ansatzpunkt, da es sowohl Frauen als auch

---

<sup>24</sup> Sieht man einmal von der bereits oben erwähnten Einbeziehung von institutionellen Bedingungen zur Erklärung des positiven Zusammenhangs zwischen Frauenerwerbstätigkeit und Geburtenrate durch Becker ab.

<sup>25</sup> Zur Verteidigung Beckers sei hier angeführt, dass er selber weniger eine Erklärung mikroökonomischer Unterschiede im Fertilitätsverhalten anstrebte, sondern vielmehr an der Analyse makrotheoretischer Zusammenhänge (insbesondere von Fertilität und Wirtschaftswachstum) interessiert war (Becker 1992a/1996, 138).

Männern die Vereinbarkeit ermöglicht. Über flexiblere Arbeitsmöglichkeiten sollte jedoch sowohl für Männer als auch für Frauen nachgedacht werden.

Notwendig und sinnvoll wäre es daher, dass im Rahmen einer Analyse des Geburtenverhaltens die Präferenzen und die Kosten-Nutzen-Abwägungen von Frauen und Männern zunächst getrennt analysiert werden und anschließend im Rahmen eines Verhandlungsmodells der Entscheidungsfindungsprozess abgebildet wird. So hat eine Untersuchung aus Schweden zur Realisierung des Kinderwunsches gezeigt, dass beide Partner im Rahmen der Verhandlungen de facto ein Vetorecht besitzen. Damit bleibt der Kinderwunsch eines Partners unrealisiert, wenn der andere entschieden gegen Kinder ist. Betrachtet man allein die Frau oder den Mann, vernachlässigt man diese Aspekte der Verhandlungen (Thomson/Hoem 1998). Ein solcher Ansatz für eine Analyse von Fertilitätsentscheidungen geht über den Rahmen dieser Arbeit leider hinaus, könnte jedoch zu grundlegend neuen Einsichten führen, die für die Ausrichtung einer „bevölkerungsorientierten Familienpolitik“ von Bedeutung sein könnten.

## (2) Vernachlässigung der institutionellen Rahmenbedingungen

Im Rahmen der Ausführungen zum Opportunitätskostenansatz ist auf zwei Phänomene, die im Rahmen der Darstellung des Geburtenverhaltens in Deutschland erwähnt wurden, nicht eingegangen worden: die zunehmende Zahl an Personen, die ohne Partner leben und das extrem niedrige Niveau an Kinderwünschen in Deutschland. Beide Phänomene scheinen eng miteinander verbunden zu sein: Wünscht sich ein Individuum keine Kinder, benötigt es schon aus diesem Grund keinen Partner. Zudem hat der technische Fortschritt in der Haushaltsproduktion dazu geführt, dass eine Spezialisierung von Paaren auf Hausarbeit und Erwerbsarbeit nicht mehr notwendig ist, so dass eine gemeinsame Haushaltsführung keine so großen Produktionsvorteile mehr bietet (Ott 1998, 71). Damit bleibt jedoch die Frage, warum der Kinderwunsch in Deutschland so stark zurückgegangen ist.

Sicherlich ist im Rahmen der Ausweitung von Alterssicherungssystemen der Nutzen, den Kinder ihren Eltern stiften, zurückgegangen. Dafür spricht die Beobachtung, dass in Ländern in denen die Alterssicherungssysteme stark ausgebaut sind, die Geburtenraten besonders niedrig sind (Apolte 2004, 109).<sup>26</sup> Hier hat folglich die Gestaltung externer

---

<sup>26</sup> Dieses Phänomen ist darauf zurückzuführen, dass bei umlagefinanzierten Alterssicherungssystemen der Zusammenhang zwischen Kindern und Finanzierung der Rente kein direkter mehr ist – obwohl das System auf diesem Zusammenhang aufbaut – und Freifahrerverhalten (von Kinderlosen) zumindest bisher in Deutschland nicht sanktioniert wird (Apolte 2004, 112).

Institutionen<sup>27</sup> dazu geführt, dass der Nutzen von Kindern gesunken ist, so dass auch der Wunsch nach Kindern geringer geworden sein könnte. Demgegenüber stehen jedoch verschiedenste institutionelle Arrangements im Rahmen der Familienpolitik, wie z.B. Mutterschutz, Elternurlaub oder Kindergeld, die Familien mit Kindern unterstützen und damit den Nutzen von Kindern wieder erhöhen. Dennoch ist der Kinderwunsch in Deutschland erheblich zurückgegangen. Eine alleinige Erklärung des niedrigen Kinderwunsches in Deutschland auf der Grundlage von externen institutionellen Gestaltungen scheint daher kaum ausreichend zu sein. Vielmehr sind auch interne Institutionen – wie Werte und Normen in der Gesellschaft – hier von erheblicher Bedeutung. Waren Kinder in den 1950er und 1960er Jahren noch ein fester Bestandteil der Lebensplanung, so hat sich in der jüngeren Vergangenheit ein Wertewandel vollzogen, der dazu führt, dass Kinder heute zu einer denkbaren und planbaren Möglichkeit unter anderen Lebensmodellen geworden sind (Lipinski/Stutzer 2004, 5). Zeit für Freizeitaktivitäten und Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung spielen heute eine deutlich größere Rolle im Denken und Entscheiden der Individuen als noch vor einigen Jahren.<sup>28</sup> Kinder bedeuten in diesem Zusammenhang deutliche Einschränkungen, so dass der Wunsch nach Kindern abgenommen hat.

Bezieht man diese Überlegungen in eine bevölkerungsorientierte Familienpolitik mit ein, so stellt sich natürlich die Frage, wie man diesem Wertewandel begegnen kann. Ist diese große Gruppe der Menschen ohne Kinderwunsch bzw. ohne Partner durch familienpolitische Maßnahmen überhaupt noch zu erreichen (Schmitt/Winkelmann 2005, 12f.)? Wie kann man den Rückgang des Kinderwunsches in der Gesellschaft stoppen? Hier stellt sich die Frage, ob und wie der Wandel interner Institutionen durch externe Institutionen beeinflusst werden kann. Auch auf diese Frage kann hier keine befriedigende Antwort gegeben werden. Wichtig ist jedoch festzuhalten, dass es mit Sicherheit eines längeren Entwicklungsprozesses bedarf, um die Einstellungen in der Gesellschaft zu Kindern und Familie wieder zu verändern. Allerdings ist eine Gestaltung der Rahmenbedingungen in der Gesellschaft, die darauf abzielt, dass das Leben mit Kindern auch eine erfüllende Berufstätigkeit zulässt, mit Sicherheit ein Schritt in die richtige Richtung.

---

<sup>27</sup> Hier werden in Anlehnung an Kiwit/Voigt (1995) die Begriffe externe und interne Institutionen verwendet.

<sup>28</sup> Die Einführung interner Institutionen in die ökonomische Analyse des Fertilitätsverhaltens kann eine (sehr umstrittene) Theorie des Präferenzwandels – wie sie z.B. von Meyer (1987, 42 f.) oder von Witt (1987, 82) in diesem Rahmen eingefordert wurde – ersetzen.

### **3.4. Zwischenergebnis**

Die Analyse des Geburtenverhaltens hat deutlich gezeigt, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf heutzutage einen beträchtlichen Einfluss auf die Entscheidung für oder gegen ein Kind hat. Folglich muss eine bevölkerungsorientierte Familienpolitik die Rahmenbedingungen so setzen, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht wird. Die Einrichtung eines qualitativ hochwertigen und bedarfsgerechten Systems frühkindlicher Bildung und Betreuung ist damit ein wesentlicher Faktor im Rahmen einer bevölkerungsorientierten Familienpolitik. Darüber hinaus würden flexible Arbeitsbedingungen, eine familienfreundliche Personalpolitik in den Unternehmen oder ein Wandel hin zu einer gleichberechtigten Beteiligung von Männern und Frauen an der Erziehungs- und Erwerbsarbeit zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf beitragen.

Vor einem zu großen Optimismus hinsichtlich der Beeinflussung der Geburtenraten ist jedoch zu warnen, da neben der Vereinbarkeit von Familie und Beruf noch andere Faktoren, wie z.B. die ökonomischen Rahmenbedingungen einen beträchtlichen Einfluss auf das Geburtenverhalten haben. Zudem zeigen die niedrigen Werte des Kinderwunsches, dass die schwierigen Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland offensichtlich bereits in der Form internalisiert wurden, dass der Kinderwunsch selbst nur noch in geringem Maße besteht.

### **4. Die Reform des Systems frühkindlicher Bildung und Betreuung aus der Sicht einer bevölkerungsorientierten Familienpolitik**

Wenn aufgrund der Probleme des Alterungsprozesses in Deutschland eine bevölkerungsorientierte Familienpolitik betrieben werden soll, stellt sich nun aber die Frage, wie das System frühkindlicher Bildung und Betreuung in Deutschland gestaltet werden muss, damit es einen Einfluss auf die Fertilitätsentscheidung hat. Eine positive Wirkung auf das Geburtenverhalten ist dabei nur zu erwarten, wenn durch das System frühkindlicher Bildung und Betreuung signalisiert werden kann, dass eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf ohne große Probleme realisiert werden kann.

Eine solche Signalwirkung geht von dem derzeitigen System frühkindlicher Bildung und Betreuung in Deutschland offensichtlich nicht aus. Vielmehr belegen zwei Studien zu dem Zusammenhang zwischen Kinderbetreuungseinrichtungen und dem Geburtenverhalten in Deutschland, dass Kinderbetreuungseinrichtungen bisher kaum einen Einfluss auf die Entscheidung für ein Kind haben. Die erste Untersuchung konnte für Westdeutschland

keinerlei Effekte des Betreuungssystems auf das Geburtenverhalten nachweisen (Hank/Kreyenfeld 2002). Die zweite Untersuchung hat gezeigt, dass die gute Versorgungsquote mit Betreuungseinrichtungen in Ostdeutschland einen signifikant positiven Einfluss auf den Übergang zum ersten Kind hat, während in Westdeutschland nur die Verfügbarkeit informeller Betreuungsarrangements (die räumliche Nähe einer „Großmutter“) positive Wirkungen zeigte (Hank/Kreyenfeld/Spieß 2003). Die Ergebnisse werden in beiden Untersuchungen damit begründet, dass die geringe Versorgungsquote mit Betreuungseinrichtungen in Westdeutschland dazu führt, dass Kinderbetreuungseinrichtungen in der Familienplanung bisher als irrelevant betrachtet werden (Hank/Kreyenfeld/Spieß 2003, 19 und Hank/Kreyenfeld 2002, 18).

Wie müsste das System frühkindlicher Bildung und Betreuung in Deutschland aussehen, damit glaubwürdig signalisiert werden kann, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Deutschland möglich wird? Im Folgenden soll eine kurze Skizze der notwendigen Reformen aufgezeigt werden. Dabei sind für die Signalwirkung an die potenziellen Eltern vor allem vier Aspekte des Systems von Bedeutung:

- das Angebot an Betreuungsplätzen,
- die gesellschaftliche Akzeptanz außerfamiliärer Betreuung von Kleinkindern,
- die Qualität der Bildungs- und Betreuungsangebote sowie
- die von den Eltern zu tragenden Kosten für Kinderbetreuung.

#### **4.1. Das Angebot an Plätzen im System frühkindlicher Bildung und Betreuung**

Ein bedarfsgerechtes Angebot an Betreuungsmöglichkeiten ist eine Grundvoraussetzung für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Betrachtet man jedoch die quantitative Versorgung mit Betreuungsplätzen in Deutschland, so ist diese eher als mangelhaft zu bezeichnen. Dabei bietet sich in Deutschland ein zweigeteiltes Bild. Während in Ostdeutschland aufgrund der historischen Entwicklung ein im europäischen Vergleich sehr gut ausgebautes Netz an Kindertageseinrichtungen existiert, ist die Versorgung in Westdeutschland vor allem für die unter Dreijährigen sehr schlecht.

##### **Versorgungsquoten für Kinder unter drei Jahren in öffentlicher Tagespflege und Kindertageseinrichtungen (pro 100 der unter Dreijährigen in der Bevölkerung)**

	Deutschland insgesamt	Westliche Flächenländer	Östliche Flächenländer	Stadtstaaten
Tagespflege 2004/2005	1,9	1,6	3,2	5,9
Kindertageseinrichtungen 2002	8,6	2,4	37,0	25,8

Quelle: BMFSFJ (2005a, 275)

Im Gegensatz dazu ist die Versorgungsquote mit Plätzen in Kindertageseinrichtungen für Kinder von drei Jahren bis zum Schuleintritt im Zuge des Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz in ganz Deutschland offensichtlich verhältnismäßig hoch. Die Bedeutung der Tagespflege ist in dieser Altersgruppe deutlich geringer.<sup>29</sup>

**Versorgungsquoten für Kinder im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt (pro 100 der Drei- bis Sechseinhalbjährigen in der Bevölkerung)**

	Westliche Flächenländer	Östliche Flächenländer	Stadtstaaten
Tagespflege 2004/2005	0,7	0,3	3,5
Kindertageseinrichtungen 2002	90,6	105,1	84,0

Quelle: BMFSFJ (2005a, 293) und DJI (2005, 15); eigene Darstellung

Bei diesen hohen Versorgungsquoten muss jedoch beachtet werden, dass in Westdeutschland lediglich 24 % der Plätze für drei- bis sechsjährige Kinder Ganztagesplätze (in Ostdeutschland sind dies 98 %) sind. Der überwiegende Teil der Kinder wird damit lediglich am Vormittag im Rahmen fester Öffnungszeiten betreut, die häufig eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf kaum zulassen (Statistisches Bundesamt 2004, 32).

Die Zahlen machen deutlich, dass in (West-)Deutschland zum einen ein erheblicher Ausbau von Plätzen für unter Dreijährige und zum anderen bei den drei- bis sechsjährigen Kindern ein Umbau von bisher existierenden Halbtagesplätzen in Ganztagesplätze notwendig ist. Ein Einfluss des Systems frühkindlicher Bildung und Betreuung auf das Geburtenverhalten ist dabei nur dann zu erwarten, wenn bestimmte Schwellenwerte überschritten werden können, so dass in der Bevölkerung tatsächlich der Eindruck entsteht, dass eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf möglich wird. Geringfügige Änderungen des Angebotes an Betreuungsmöglichkeiten dürften hingegen kaum einen Einfluss auf das Geburtenverhalten haben (Hank/Kreyenfeld/Spieß 2003, 20 f.).

Mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) wurde ein erster Schritt zum Ausbau des Systems frühkindlicher Bildung und Betreuung insbesondere für die unter Dreijährigen unternommen. Ziel des TAG ist es dabei, für rund 20 % der unter Dreijährigen Betreuungsplätze zu schaffen, so dass 260.000 neue Plätze in Tageseinrichtungen und Tagespflege geschaffen werden sollen (BMFSFJ 2005a, 301 und BMFSFJ 2004). Ob dieses politisch gesetzte Ziel ausreicht, um potenzielle Eltern davon zu überzeugen, dass

<sup>29</sup> Tagespflege kommt in dieser Altersgruppe tendenziell eher zusätzlich zum Betreuungsangebot in einer Kindertageseinrichtung zum Einsatz (BMFSFJ 2005a, 274)

die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Deutschland möglich ist, ist jedoch in Frage zu stellen. Betrachtet man als Bezugsgröße für eine Abschätzung des Platzbedarfs das Bundesland Sachsen-Anhalt, in dem von Geburt an ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz besteht, so liegen die angestrebten Ziele des TAG deutlich unter dem in Sachsen-Anhalt artikulierten, tatsächlichen Betreuungsbedarf der Eltern.<sup>30</sup> Das Nachfrageverhalten der Eltern in Westdeutschland dürfte zwar gegenwärtig aufgrund anderer Traditionen noch niedriger ausfallen als in Sachsen-Anhalt, mittel- bis langfristig ist jedoch durchaus damit zu rechnen, dass hier ein ähnlicher Bedarf an Kinderbetreuung entsteht. Wenn somit durch das System frühkindlicher Bildung und Betreuung ein Impuls auf das Geburtenverhalten ausgelöst werden soll, sind weitere erhebliche Anstrengungen im Bereich des Ausbaus von Betreuungskapazitäten notwendig – sowohl für die unter Dreijährigen, als auch im Bereich der Umwandlung von Halbtagesplätzen in Ganztagesplätze.<sup>31</sup>

#### **4.2. Die gesellschaftliche Akzeptanz von außerfamiliärer Kinderbetreuung**

Die gesellschaftliche Akzeptanz für außerfamiliäre (Klein-)Kinderbetreuung und berufstätige Eltern ist eine grundlegende Voraussetzung dafür, dass eine Vereinbarung von Familie und Beruf tatsächlich möglich wird (Rindfuss/Guzzo/Morgan 2004, 430).<sup>32</sup> Gerade dieser Punkt ist in Westdeutschland von erheblicher Bedeutung. Hier haben sich kulturelle und soziale Normen gehalten, die einer Erwerbstätigkeit von Müttern mit Kleinkindern immer noch sehr negativ gegenüber stehen. So haben in einer Umfrage 62% der Befragten der Aussage zugestimmt, dass ein Kleinkind unter der Berufstätigkeit seiner Mutter leiden wird. Im Osten Deutschlands haben dieser Aussage lediglich 29% der Befragten zugestimmt (Geisler/Kreyenfeld 2005, 8). Im internationalen Vergleich sehen sich erwerbstätige Mütter kaum mit dem Vorwurf konfrontiert, eine „Rabenmutter“ zu sein, wenn sie Angebote frühkindlicher Bildung und Betreuung nutzen und erwerbstätig sind (Lipinski/Stutzer 2004, 7). In Westdeutschland ist diese Grundhaltung jedoch noch immer sehr verbreitet und die Skepsis gegenüber erwerbstätigen Müttern ist in den vergangenen zehn Jahren auch nur leicht zurückgegangen (Geisler/Kreyenfeld 2005, 8).

---

<sup>30</sup> In Sachsen-Anhalt nehmen 5 % der Kinder unter einem Jahr, 47 % der Kinder zwischen einem und zwei Jahren und 80 % der Zwei- bis Dreijährigen einen Platz in Kindertageseinrichtungen in Anspruch. Nimmt man dieses Nachfrageverhalten der Eltern als Referenz, so müssten in Westdeutschland insgesamt 620.000 neue Plätze für unter Dreijährige eingerichtet werden – 360.000 mehr als im TAG angelegt (BMFSFJ 2005a, 301).

<sup>31</sup> Wichtig ist an dieser Stelle, dass auch in die Zukunft gedacht wird. Beschränkt man sich auf einen Ausbau des Systems frühkindlicher Bildung und Betreuung, belässt aber ein Halbtages-Schulsystem, ist kein wesentlicher Einfluss auf das Geburtenverhalten zu erwarten.

<sup>32</sup> Zur gesellschaftlichen Akzeptanz ist hierbei auch zu zählen, dass die traditionelle Arbeitsteilung in den Familien abgelöst wird und die Beteiligung von Vätern an Familien- und Erziehungsarbeit selbstverständlich wird.

Diese Skepsis gegenüber einer Fremdbetreuung von Kleinkindern in Tageseinrichtungen sowie die damit einhergehende Unterstellung, dass die Kinder „Schaden nehmen“ könnten, wenn sie nicht von der Mutter bzw. dem Vater betreut werden, steht einer Vereinbarkeit von Familie und Beruf damit noch erheblich im Wege. Dabei belegen zahlreiche internationale Studien, dass eine qualitativ gute Kinderbetreuung deutlich positive Effekte für die Kinder im sozialen, sprachlichen sowie kognitiven Bereich mit sich bringt.<sup>33</sup>

Aufklärung über die Chancen frühkindlicher Bildung zu betreiben und gleichzeitig die gesellschaftliche Akzeptanz für berufstätige Mütter zu erzeugen, in dem der Wandel von sozialen und kulturellen Normen angestoßen wird, ist mit Sicherheit ein langwieriger und schwieriger Prozess. Der wichtigste Ansatzpunkt dürfte hier das Potenzial frühkindlicher Bildungsprozesse sein, das insbesondere im Rahmen einer außerfamiliären Betreuung der Kinder mobilisiert werden könnte. Erfährt das System frühkindlicher Bildung und Betreuung aufgrund der mit ihm verbundenen positiven externen Effekte im Bildungsbereich eine Aufwertung, indem es als Grundstein des Bildungssystems angesehen wird, so würde sich mit Sicherheit auch die grundlegende Einstellung in der Bevölkerung zu Kinderbetreuungseinrichtungen verändern.<sup>34</sup> Voraussetzung für eine Positionierung des Systems frühkindlicher Bildung und Betreuung als erste Station des Bildungssystems wäre jedoch eine deutliche Steigerung der Qualität des Systems. Dies soll im folgenden Abschnitt näher erläutert werden.

#### **4.3. Die Qualität des Systems frühkindlicher Bildung und Betreuung**

Wie bereits ausgeführt, ist die Qualität frühkindlicher Bildung und Betreuung ein entscheidender Faktor, wenn es darum geht die gesellschaftliche Akzeptanz für eine Fremdbetreuung von Kleinkindern zu erreichen, so dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf selbstverständlich gelebt werden kann. Darüber hinaus ist die Qualität der Betreuungsangebote für die Eltern von Bedeutung: Erstens geben Eltern ihre Kinder nur dann gerne und ohne schlechtes Gewissen ab, wenn ihre Kinder eine qualitativ hochwertige und liebevolle Fremdbetreuung erhalten. Zweitens kann nur eine qualitativ gute frühkindliche Bildung die Eltern entlasten und eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen, da Eltern dann nicht mehr das Gefühl haben müssen, die Fremdbetreuung ihres Kindes durch eine Steigerung eigener Bildungsangebote für das

---

<sup>33</sup> Für einen kurzen Überblick über verschiedene Studien siehe Cleveland/Krashinsky (2003, 9-16). Für Deutschland siehe Tietze (1998).

<sup>34</sup> Nachzudenken ist in diesem Kontext zum Beispiel auch über die Einführung einer „Kindergartenpflicht“ ab einem gewissen Alter des Kindes, um allen Kindern die Teilhabe an frühkindlicher Bildung zu ermöglichen.

Kind kompensieren zu müssen. Darüber hinaus können die Chancen der ersten Lebensjahre für die Bildungsbiographie der Kinder nur dann genutzt werden, wenn in Kindertageseinrichtungen und Tagespflege qualitativ hochwertige Bildungs- und Betreuungsangebote gemacht werden.

In Deutschland findet man sowohl im Bereich der Tagespflege als auch bei Kindertageseinrichtungen bisher eine sehr breite Spanne an Qualitätsniveaus, dabei aber leider nur sehr wenig gute bis sehr gute Qualität.<sup>35</sup> Das Qualitätsniveau im System frühkindlicher Bildung und Betreuung zu erhöhen, ist daher neben dem quantitativen Ausbau eine drängende Aufgabe. Auch hier wurden bereits erste Schritte von den politischen Handlungsträgern unternommen, wie z.B. die Formulierung von Qualitätsanforderungen im Rahmen des TAG (§ 22a) (BMFSFJ 2005a, 303), die Nationale Qualitätsoffensive des BMFSFJ<sup>36</sup> oder auch die Festlegung von Bildungscurricula für den frühkindlichen Bereich in den einzelnen Bundesländern. Der Erfolg dieser Maßnahmen ist bisher jedoch sehr begrenzt. Das soll kurz am Beispiel der Bildungscurricula der Bundesländer verdeutlicht werden:

„Die Umsetzung der Bildungspläne der Länder beruht im Regelfall auf Vereinbarungen der Länder mit den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege und den Kommunalen Spitzenverbänden, die sich selbst verpflichten, zur Umsetzung des Bildungsauftrags beizutragen. Der Vereinbarungscharakter enthebt die Länder der Pflicht, für die inhaltlichen Vorgaben in finanzieller Hinsicht aufzukommen. Die Landesorganisationen der Wohlfahrtsverbände und die kommunalen Spitzenverbände auf Landesebene sind ihrerseits bis auf wenige Ausnahmen selbst gar nicht Träger von Kindertageseinrichtungen, sondern Interessensverbände oder Dachverbände vieler rechtlich selbstständiger Träger, die über die konkrete Umsetzung der Bildungspläne letztlich selbst entscheiden können.“ (BMFSFJ 2005a, 315)

Ein Maßnahmenpaket, das nach Meinung der pädagogischen Fachwelt tatsächlich zu einer Verbesserung der Qualität im System frühkindlicher Bildung und Betreuung beitragen würden, wie z.B. die Erhöhung des Ausbildungsniveaus von Erzieherinnen auf Hochschulniveau, die Verbesserung des Erzieherinnen-Kind-Schlüssels oder die Einführung von flächendeckenden Qualitätsmanagement- und Qualitätssicherungsverfahren,<sup>37</sup> ist bisher nicht auf den Weg gebracht worden. Dies

---

<sup>35</sup> In einer groß angelegten empirischen Studie hat Tietze (1998) festgestellt, dass in Kindertageseinrichtungen zwar überall Qualitätsmindeststandards eingehalten werden, aber gute bis sehr gute Qualität kaum zu finden ist. Auch in der Tagespflege wurde bei einer Untersuchung in Brandenburg festgestellt, dass 75% der Tagespflegestellen eine mittelmäßige Qualität und lediglich 15% der Stellen eine gute bis sehr gute Qualität frühkindlicher Bildung und Betreuung anbieten (Tietze u.a. 2006, 57). Ähnliche Ergebnisse hat eine Untersuchung aus Mecklenburg-Vorpommern ergeben. Eine Studie über die Qualität der Tagespflege in Berlin ist zu noch schlechteren Ergebnissen gekommen (Tietze u.a. 2006, 58).

<sup>36</sup> Die Nationale Qualitätsoffensive wurde 1999 vom BMFSFJ unter Beteiligung einiger Bundesländer und Verbände ins Leben gerufen. Ziel war es Qualitätskriterien zu formulieren, die der Praxis als Orientierung und Anregung dienen sollen (siehe exemplarisch Tietze/Viernickel 2003).

<sup>37</sup> Siehe zu möglichen Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung BMFSFJ (2005a, 303 ff. und 328 ff.).

scheitert vor allem daran, dass qualitative Verbesserungen mit erheblichen Kosten für die Kommunen und Bundesländer verbunden wären. Somit sind die bisherigen Bemühungen um Qualitätsverbesserungen eher als „Lippenbekenntnisse“ zu werten. In der Realität werden vielmehr die Ausgaben für Kindertageseinrichtungen gekürzt.<sup>38</sup> Hier besteht daher noch großer Handlungsbedarf, wenn das System frühkindlicher Bildung und Betreuung im Rahmen einer „bevölkerungsorientierten Familienpolitik“ dazu beitragen soll, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Deutschland realisierbar wird und sich wieder mehr junge Paare für ein Leben mit Kindern entscheiden sollen.

#### **4.4. Die Kosten des Systems frühkindlicher Bildung und Betreuung für die Eltern**

Die finanziellen Beiträge, die potenzielle Eltern für die Betreuung ihrer Kleinkinder entrichten müssen, wenn sie selbst erwerbstätig bleiben wollen, werden im Rahmen der ökonomischen Theorie der Fertilität als direkte Kosten der Kinder in das Entscheidungskalkül für oder gegen ein Kind ihren Niederschlag finden. Somit ist zu erwarten, dass hohe Kinderbetreuungskosten einen negativen Einfluss auf die Geburtenrate haben. Eine Analyse des Zusammenhangs zwischen Kinderbetreuungskosten und Geburtenrate im Länderdurchschnitt der OECD-Länder hat eine solche negative Korrelation (allerdings nicht signifikant) bestätigt (d’Addio/d’Ercole 2005, 55).<sup>39</sup> Für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist somit auch der Preis für die Fremdbetreuung im System frühkindlicher Bildung und Betreuung von Bedeutung.

Wie hoch die von den Eltern zu tragenden Kosten für die Betreuung von Kleinkindern in Deutschland sind, kann leider aufgrund der Vielfalt der unterschiedlichen kommunalen Regelungen und fehlendem statistischem Material nicht angegeben werden.<sup>40</sup> Der Privatfinanzierungsanteil im Bereich frühkindlicher Bildung und Betreuung ist in Deutschland mit 37% im internationalen Vergleich allerdings sehr hoch.<sup>41</sup> In den meisten

---

<sup>38</sup> So wurden im Landeshaushalt von Nordrhein-Westfalen am 17.05.2006 erhebliche Kürzungen verabschiedet – sowohl bei der Sachkostenförderung von Kindertageseinrichtungen, als auch bei der Kostenerstattung des Landes für Elternbeiträge, die aufgrund der geringen Leistungsfähigkeit der Eltern von den Kommunen nicht eingezogen werden konnten (Landtag NRW 2006).

<sup>39</sup> Untersuchungen aus den USA haben ebenfalls einen negativen Effekt der Kosten für Kinderbetreuung auf die Fertilität ergeben, allerdings scheint der Effekt nicht besonders groß zu sein (Blau/Robins 1988).

<sup>40</sup> Elternbeiträge an die Kommunen richten sich nach dem Alter des Kindes, der Zahl der Kinder in Betreuungseinrichtungen sowie dem Einkommen der Eltern. Um eine ungefähre Größenordnung zu nennen, sei hier auf die Ergebnisse einer Elternbefragung hingewiesen. Danach haben Eltern in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2000 für eine fünfstündige Betreuung im Kindergarten im Durchschnitt 162 DM aufwenden müssen, in Niedersachsen 172 DM und in Sachsen für sieben Stunden Betreuung 130 DM (Bock/Timmermann 2000, 426f.).

<sup>41</sup> Dabei muss jedoch berücksichtigt werden, dass der Privatfinanzierungsanteil in Deutschland sowohl die Beiträge der Eltern als auch der privaten Träger erfasst, und eine genaue Aufteilung zwischen den beiden aus der offiziellen Statistik nicht vorgenommen werden kann. Zudem scheint der von der OECD ausgewiesene Privatfinanzierungsanteil aufgrund von zu wenig präzisiertem Datenmaterial noch deutlich unter dem tatsächlichen Finanzierungsanteil von Trägern und Eltern zu liegen (Dohmen 2004, 7).

anderen Ländern der OECD liegt der Privatfinanzierungsanteil bei unter 10% (Dohmen 2004, 6). Wenn in Deutschland somit ein Signal gesetzt werden soll, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein wesentlicher Bestandteil einer bevölkerungsorientierten Familienpolitik ist, wäre es mit Sicherheit sinnvoll, die Elternbeiträge für frühkindliche Bildung und Betreuung zu überdenken. Zwar stiften Kinder vor allem ihren Eltern Nutzen, aber auch die Gesellschaft ist auf Kinder angewiesen und profitiert von den Leistungen, die Eltern erbringen. In Anbetracht des Bildungspotenzials im frühkindlichen Bereich ist zudem überhaupt in Frage zu stellen, warum frühkindliche Bildung nicht ebenso wie die allgemeine Schulbildung staatlich finanziert und kostenlos angeboten wird. Eine finanzielle Unterstützung durch das Angebot von kostenloser frühkindlicher Bildung und Betreuung ist demnach durchaus ökonomisch begründbar. Zudem hat ein solcher direkter Transfer in Form von Betreuungsmöglichkeiten zwei deutliche Vorteile gegenüber dem bisher in Deutschland im internationalen Vergleich recht hohen finanziellen Unterstützungen in Form von Kindergeld: Erstens würde dadurch allen Kindern die Möglichkeit gegeben an Angeboten zur frühkindlichen Bildung teilzuhaben.<sup>42</sup> Zweitens wird für die Eltern die Möglichkeit geschaffen, dass beide erwerbstätig bleiben können. Dadurch können sie für ihre Familie eine finanzielle Sicherheit aufbauen. Ihr Armutsrisiko wäre ebenso geringer wie die Wahrscheinlichkeit, dass sie in Zukunft auf staatliche Hilfeleistungen angewiesen sind.

## **5. Fazit**

Eine der Zukunftsaufgaben in unserer Gesellschaft ist die Abfederung des dramatischen Alterungsprozesses. Wesentliche Maßnahmen für eine solche Abfederung sind eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen und gleichzeitig eine Steigerung der sehr niedrigen Geburtenrate in Deutschland. Zahlreiche Beispiele aus dem europäischen Ausland zeigen, dass beide Ziele simultan erreicht werden können. Dabei ist eine grundlegende Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung beider Maßnahmen ein gutes System frühkindlicher Bildung und Betreuung. So konnte anhand der ökonomischen Analyse des Fertilitätsverhaltens gezeigt werden, dass eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Männer und Frauen von entscheidender Bedeutung ist, wenn eine Erhöhung der Geburtenraten in Deutschland erreicht werden soll. Ein qualitativ hochwertiges und quantitativ ausreichendes System frühkindlicher Bildung und Betreuung bildet die wesentliche Voraussetzung dafür, dass Beruf und Familie gemeinsam gelebt werden können.

---

<sup>42</sup> Bisher nutzen Familien mit einem geringen Einkommen seltener Angebote des Systems frühkindlicher Bildung und Betreuung (BMFSFJ 2005b, 5 und Kreyenfeld/Spieß/Wagner 2001, 98).

Deutschland hat aber im europäischen Vergleich eines der am stärksten unterentwickelten Systeme frühkindlicher Bildung und Betreuung (Fthenakis 2004, 387 f.). Folglich wird eine bevölkerungsorientierte Familienpolitik nur dann gelingen, wenn eine grundlegende Reform des Systems frühkindlicher Bildung und Betreuung vorgenommen wird, die die eben beschriebenen Aspekte des Systems berücksichtigt. Nur eine solche tief greifende Reform in qualitativer und quantitativer Hinsicht könnte positive Wirkungen auf das Geburtenverhalten haben, indem potenziellen Müttern und Vätern glaubwürdig signalisiert wird, dass eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf machbar ist. Eine solche Reform ist gegenwärtig jedoch leider noch nicht in Sicht – sollte jedoch möglichst schnell im Rahmen einer bevölkerungsorientierten Familienpolitik angegangen werden.

## Literaturverzeichnis

D'Addio, Anna Cristina; d'Ercole, Marco Mira (2005); Trends and Determinants of Fertility Rates: The Role of Policies, OECD Social, Employment and Migration Working Paper No. 27, download unter: [http://www.oecd.org/searchResult/0,2665,en-2649.201185\\_1\\_1\\_1\\_1\\_1,00.html](http://www.oecd.org/searchResult/0,2665,en-2649.201185_1_1_1_1_1,00.html) herunter geladen am 08.12.2005

Adserà, Alícia (2004); Changing fertility rates in developed countries. The impact of labor market institutions, in: Journal of Population Economics, Vol. 17, S. 17-43

Ahn, Namkee; Mira, Pedro (2002); A note on the changing relationship between fertility and female employment rates in developed countries, in: Journal of Population Economics, Vol. 15, S. 667-682

Althammer, Jörg (2000); Ökonomische Theorie der Familienpolitik, Heidelberg: Physica-Verlag

Apolte, Thomas (2004); Alterungsprozesse und rentenpolitische Reformen in ausgewählten EU-Ländern, in: Apolte, Thomas; Caspers, Rolf; Welfens, Paul J.J. [Hrsg.]; Ordnungswirtschaftliche Grundlagen nationaler und internationaler Wirtschaftspolitik, Schriften zu Ordnungsfragen der Wirtschaft, Band 74, Stuttgart, S. 99-117

Apps, Patricia; Rees, Ray (2001); Fertility, Female Labor Supply and Public Policy; Institute for the Study of Labor Discussion Paper Series, No. 409,

Becker, Gary S. (1960/1993); Die ökonomische Analyse der Fruchtbarkeit, in: Becker, Gary S. (1993); Der ökonomische Ansatz zur Erklärung menschlichen Verhaltens; Tübingen: J.C.B. Mohr, S. 188-214

Becker, Gary S. (1985/1996); Eine ökonomische Analyse der Familie, in: Becker, Gary S. (1996); Familie, Gesellschaft und Politik – die ökonomische Perspektive, Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), S. 101-116

Becker, Gary S. (1992/1996); Die ökonomische Sicht menschlichen Verhaltens, in: Becker, Gary S. (1996); Familie, Gesellschaft und Politik – die ökonomische Perspektive, Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), S. 21-49

Becker, Gary S. (1992a/1996); Fertilität und Wirtschaft, in: Becker, Gary S. (1996); Familie, Gesellschaft und Politik – die ökonomische Perspektive, Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), S. 137-160

Bertram, Hans; Rösler, Wiebke; Ehlert, Nancy (2005); Nachhaltige Familienpolitik. Zukunftssicherung durch einen Dreiklang von Zeitpolitik, finanzieller Transferpolitik und Infrastrukturpolitik; Gutachten im Auftrag des BMFSFJ, Berlin

Blau, David M. Robins, Philip K. (1988); Child Care Costs and Family Labor Supply, in: Review of Economics and Statistics, Vol. 70, No. 3, S. 374-381

BMFSFJ (2005); Väter und Vaterbilder in Deutschland, Monitor Familiendemographie, Ausgabe Nr. 3; Berlin

BMFSFJ (2005a); Zwölfter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland, Berlin, download unter: [http://www.beruf-und-familie.de/files/didata//aee2578195a57850a762c303ed9dfcbf/12ter\\_kinder\\_und\\_jugendbericht.pdf](http://www.beruf-und-familie.de/files/didata//aee2578195a57850a762c303ed9dfcbf/12ter_kinder_und_jugendbericht.pdf), herunter geladen am 06.09.2005

BMFSFJ (2005b); Monitor Familiendemographie. Ausgabe Nr. 2 – Wer betreut Deutschlands Kinder?, download unter:

[http://www.dji.de/bibs/390\\_2\\_monitor\\_familiendemographie.pdf](http://www.dji.de/bibs/390_2_monitor_familiendemographie.pdf), herunter geladen am 30.05.2006

BMFSFJ; Bundesverband der deutschen Industrie; Institut der deutschen Wirtschaft (Hrsg.) (2004); Bevölkerungsorientierte Familienpolitik – ein Wachstumsfaktor, Berlin

Bock, Kathrin; Timmermann, Dieter (2004); Wie teuer sind unsere Kindergärten? Eine Untersuchung zu Kosten, Ausstattung und Finanzierung von Kindertageseinrichtungen, Neuwied, Berlin: Luchterhand

Borchardt, Anke; Ströbel-Richter, Yve (2004); Die Genese des Kinderwunsches bei Paaren – eine qualitative Studie; Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB), Heft 114, download unter: [www.bib-demographie.de/publikat/Prame\\_material.html](http://www.bib-demographie.de/publikat/Prame_material.html); herunter geladen am 6.12.2005

Borchert, Jürgen (2005); Das Elterngeld: Startschuss für eine grundlegende Sozialreform?; Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 106, Heft 4, S. 43-48

Bothfeld, Silke; Schmidt, Tanja; Tobsch, Verena (2005); Erosion des männlichen Ernährermodells? Die Erwerbstätigkeit von Frauen mit Kindern unter drei Jahren, herausgegeben vom BMFSFJ, Berlin

Brewster, Karin L.; Rindfuss, Ronald R. (2000); Fertility and Women's Employment in Industrialized Nations, in: Annual Review of Sociology, Vol. 26, S. 271-296

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB); Robert-Bosch-Stiftung (Hrsg.) (2005); The Demographic Future of Europe – Facts, Figures, Policies. Ergebnisse der Population Policy Acceptance Study (PPAS)

Cleveland, Gordon; Krashinsky, Michael (2003); Fact and Fantasy. Eight Myths About Early Childhood Education and Care, Toronto, download unter: [www.chilcarecanada.org/pubs/other/FF](http://www.chilcarecanada.org/pubs/other/FF), herunter geladen am 19.04.2006

Dohmen, Dieter (2004); Finanzierung lebenslangen Lernens von der Kita bis zur Weiterbildung, FiBS-Forum Nr. 22, Köln, download unter: [http://www.fibs-koeln.de/forum\\_022.pdf](http://www.fibs-koeln.de/forum_022.pdf), herunter geladen am 29.05.2006

Dorbritz, Jürgen (2004); Kinderwünsche in Europa – Keine Kinder mehr gewünscht?, in: BiB-Mitteilungen Nr. 03, S. 10-17

Duschek, Klaus-Jürgen; Wirth, Heike (2005); Kinderlosigkeit von Frauen im Spiegel des Mikrozensus, Wirtschaft und Statistik 8, Statistisches Bundesamt, S. 800-820

Eggen, Bernd (2004); Kinder? Jein! Anmerkungen zur Allensbach-Studie „Einflussfaktoren auf die Geburtenrate“, Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg, Nr. 12, S. 10-13

Ermisch, John F. (2003); An Economic Analysis of the Family, Princeton and Oxford: Princeton University Press

Fehn, Rainer (1998); Eine kritische Analyse der Weiterentwicklung des familienökonomischen Ansatzes von Gary S. Becker durch die Spieltheorie, in: Pies, Ingo; Leschke, Martin (Hrsg.); Gary Beckers ökonomischer Imperialismus; Tübingen: Mohr Siebeck, S. 91-96

Fthenakis, Wassilios E. (2004); Implikationen und Impulse für die Weiterentwicklung von Bildungsqualität in Deutschland, in: Fthenakis, Wassilios E. und Oberhuemer, Pamela (Hrsg.): Frühpädagogik international. Bildungsqualität im Blickpunkt, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 387-402

- Galor, Oded; Weil, David N. (1996); The Gender Gap, Fertility, and Growth, in: American Economic Review, Vol. 86, No. 3, S. 374-387
- Geisler, Esther; Kreyenfeld Michaela (2005); Müttererwerbstätigkeit in Ost- und Westdeutschland. Eine Analyse mit den Mikrozensus 1991-2002; Max-Planck-Institut für demographische Forschung, Working Paper 2005-033, download unter: <http://www.demogr.mpg.de/papers/working/wp-2005-033.pdf>, herunter geladen am 06.12.2005
- Goldstein, Joshua; Lutz, Wolfgang; Testa, Maria Rita (2003); The emergence of sub-replacement family-size ideals in Europe, in: Population Research and Policy Review, Vol. 22, S. 479-496
- Hank, Karsten; Kreyenfeld, Michaela; Spieß, C. Katharina (2003); Kinderbetreuung und Fertilität in Deutschland; Max-Planck-Institut für demographische Forschung, Working Paper 2003-002; download unter: <http://www.demogr.mpg.de/papers/working/wp-2003-002.pdf>, herunter geladen am 13.12.2004
- Hank, Karsten; Kreyenfeld, Michaela (2002); A Multilevel Analysis of Child Care and the Transition to Motherhood in Western Germany, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Discussion Paper 290
- Homann, Karl; Suchanek, Andreas (2005); Ökonomik – Eine Einführung, 2. überarbeitete Auflage, Tübingen: Mohr Siebeck
- Hülkamp, Nicola; Seyda, Susanne (2004); Staatliche Familienpolitik in der sozialen Marktwirtschaft. Ökonomische Analyse und Bewertung familienpolitischer Maßnahmen, Institut der Deutschen Wirtschaft Köln, Beiträge zur Ordnungspolitik, Positionen Nr. 11
- Hülkamp, Nicola; Seyda, Susanne (2005); Politische Rahmenbedingungen als Ursachen niedriger Geburtenraten; in: Wirtschaftsdienst, Nr. 2, S. 109-116
- Kiwit, Daniel und Voigt, Stefan (1995); Überlegungen zum institutionellen Wandel unter Berücksichtigung des Verhältnisses interner und externer Institutionen, in: Ordo, Bd. 46, S. 117-147
- Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD – „Gemeinsam für Deutschland – mit Mut und Menschlichkeit“ - vom 11.11.2005, download unter: <http://www.cdusu.de/upload/koalitionsvertrag/praeam.htm>, herunter geladen am 09.01.2006
- Kögel, Tomas (2004); Did the association between fertility and female employment within OECD countries really change its sign?; Journal of Population Economics Vol. 17, S. 45-65
- Kreyenfeld, Michaela; Spieß, C. Katharina; Wagner, Gert G. (2001); Finanzierungs- und Organisationsmodelle institutioneller Kinderbetreuung. Analysen zum Status Quo und Vorschläge zur Reform, Neuwied, Berlin: Luchterhand
- Landtag NRW (2006); Plenum aktuell – NRW-Haushalt verabschiedet, 17.05.2006, download unter: [http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/P/Presse/Oeffentlichkeitsarbeit/Informationen/2006/05/1705\\_Plenum\\_aktuell.jsp](http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/P/Presse/Oeffentlichkeitsarbeit/Informationen/2006/05/1705_Plenum_aktuell.jsp), herunter geladen am 24.05.2006
- Leibenstein, Harvey (1974); An Interpretation of The Economics Theory of Fertility: Promising Path or Blind Alley?; Journal of Economic Literature, Vol. 12 S. 457-478

- Lipinski, Heike; Stutzer, Erich (2004); Wollen die Deutschen keine Kinder?; Sechs Gründe für die anhaltend niedrigen Geburtenraten, Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg, Nr. 6, S. 3-8
- Meyer, Willi (1987); Was leistet die ökonomische Theorie der Familie?, in: Bolle, Friedel (Hrsg.); Die Familie als Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung, Berlin: Duncker und Humblot, S. 11-45
- OECD (2005); Society at a Glance: Social Indicators 2005 Edition, Data-Chart G3.1, download unter: [http://www.oecd.org/document/24/0,2340,en\\_2649\\_34637\\_2671576\\_1\\_1\\_1\\_1,00.html](http://www.oecd.org/document/24/0,2340,en_2649_34637_2671576_1_1_1_1,00.html), herunter geladen am 11.01.2006
- Ott, Notburga (1998); Der familienökonomische Ansatz von Gary S. Becker, in: Pies, Ingo; Leschke, Martin (Hrsg.); Gary Beckers ökonomischer Imperialismus; Tübingen: Mohr Siebeck, S. 63-90
- Petersen, Thieß; Lübcke, Britta (2006); Das demographisch-ökonomische Paradoxon, in: WiSt, Heft 5, S. 277-279
- Rindfuss, Ronald R.; Guzzo, Karen Benjamin; Morgan, S. Philip (2003); The changing institutional context of low fertility, in: Population Research and Policy Review, Vol. 22, S. 411-438
- Roland Berger Strategy Consultants (2006); Unternehmen Familie, Eine Studie im Auftrag der Robert Bosch Stiftung, Stuttgart, download unter: <http://www.bosch-stiftung.de>, herunter geladen am 05.04.2006
- Rürup, Bert; Gruescu, Sandra (2003); Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung, Gutachten im Auftrag des BMFSFJ, Berlin
- Schmitt, Christian; Winkelmann, Ulrike (2005); Wer bleibt kinderlos? Sozialstrukturelle Daten zur Kinderlosigkeit von Frauen und Männern; Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin, Discussion Paper 473
- Thomson, Elizabeth; Hoem, Jan M. (1998); Couple Childbearing Plans and Births in Sweden, in: Demography, Vol. 35, No. 3, S. 315-322
- Tietze, Wolfgang (Hrsg.) (1998); Wie gut sind unsere Kindergärten? Eine empirische Untersuchung zur pädagogischen Qualität in deutschen Kindergärten, Neuwied: Luchterhand
- Tietze, Wolfgang; Viernickel, Susanne (Hrsg.); Pädagogische Qualität in Tageseinrichtungen für Kinder. Ein nationaler Kriterienkatalog, 2. Aufl., Weinheim, Basel, Berlin: Beltz
- Tietze, Wolfgang/ Taubert, Steffen; Förster, Charis; Lee, Hee-Jeong; Schlecht, Daena (2006); Pädagogische Qualität der Tagespflege in Brandenburg, Abschlussbericht, Berlin, download unter: <http://www.mbjs.brandenburg.de/sixcms/media.php/1234/Bericht%20Tagespflege.pdf>, herunter geladen am 24.05.2006
- Wiesmann, U.; Hannich, H.J. (2005); Der Kinderwunsch im soziostrukturellen Kontext; Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz, Nr. 48, S. 789-795
- Wirth, Heike, Dümmler, Kerstin (2004); Zunehmende Tendenz zu späteren Geburten und Kinderlosigkeit bei Akademikerinnen; Informationsdienst Soziale Indikatoren, Ausgabe 32, S. 1-6
- Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (2005); Gutachten – Alterung und Familienpolitik, download unter:

<http://www.bmwa.bund.de/interessantNavigation/Ministerium/beiraete,did=6458.html>,  
herunter geladen am 29.06.2005

Witt, Ulrich (1987); Familienökonomik – Einige nicht-neoklassische Aspekte, in: Bolle, Friedel (Hrsg.); Die Familie als Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung, Berlin: Duncker und Humblot, S. 63-84

Ziefle, Andrea (2004); Die individuellen Kosten des Erziehungsurlaubs: Eine empirische Analyse der kurz- und langfristigen Folgen für den Karriereverlauf von Frauen; Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Working Paper SP I 2004-102

# Diskussionsbeiträge des Institutes für Ökonomische Bildung

*(bisher erschienen)*

## Diskussionsreihe Ökonomische Bildung

- Diskussionsbeitrag Nr. 1:** Der sozialökonomische Beitrag zur Umweltbildung  
*Gerd-Jan Krol/ Jan Karpe/ Andreas Zoerner*  
Februar 1998
- Diskussionsbeitrag Nr. 2:** Moderne Ökonomik und Moderne Kunst – Ein Beitrag zur ökonomischen und ästhetischen Werteentwicklung moderner Kunst  
*Jan Karpe/ Mirco Derpmann*  
Mai 1998
- Diskussionsbeitrag Nr. 3:** Der sozialökonomische Ansatz der Umweltbildung – Grundlagen und Praxis der Umsetzung im Unterricht  
*Gerd-Jan Krol/ Thomas Hönemann*  
(Mit Unterrichtsbeispielen für die Sekundarstufen I und II von Anne Zumkley und Thomas Hönemann)  
November 1998
- Diskussionsbeitrag Nr. 4:** Freiwilligkeit – Zwang – Anreize. Bemerkungen zu strategischen Ansatzpunkten der Umweltpolitik  
*Gerd-Jan Krol*  
November 1998
- Diskussionsbeitrag Nr. 5:** Environmental Problems, Morals und Incentives in Modern Societies  
*Gerd-Jan Krol*  
Januar 2000
- Diskussionsbeitrag Nr. 6:** Ökonomische Bildung in der modernen Gesellschaft  
*Gerd-Jan Krol/ Jan Karpe/ Andreas Zoerner*  
August 2001
- Diskussionsbeitrag Nr. 7:** Eine ökonomische Analyse des Marktes für Klima- und Lüftungstechnik – Aktueller Stand und Zukunftsperspektiven in der Baubranche  
*Alexander Herrmann*  
März 2002

**Ab 2005:**

## IÖB-Diskussionspapiere

- IÖB-Diskussionspapier Nr. 1/05:** Eliteuniversität Münster?!  
*Alexander Dilger*  
März 2005
- IÖB-Diskussionspapier Nr. 2/05:** Macro-Analysis of Transfer Fees and Investments in Sports  
*Alexander Dilger*  
Dezember 2005
- IÖB-Diskussionspapier Nr. 1/06:** Standards für die Lehrerbildung in der ökonomischen Bildung  
*Krol, G.-J./ Loerwald, D./ Zoerner, A.*  
April 2006
- IÖB-Diskussionspapier Nr. 2/06:** Jugend – Ernährungsstil – Bildung: Zu den Perspektiven einer lebensstilorientierten Didaktik  
*Norman, K. v.*  
April 2006
- IÖB-Diskussionspapier Nr. 3/06:** Taschengeld und Sparverhalten bei Grundschulkindern: Eine empirische Untersuchung in Nordwestdeutschland  
*Dubbert, N./Hufnagel, R.*  
Juli 2006

**IÖB-Diskussionspapier Nr. 4/06:**

Theorie optimaler Währungsräume vor dem Hintergrund der EU-Erweiterung  
*Peters, H.*  
Juli 2006

**IÖB-Diskussionspapier Nr. 5/06:**

Höhere Geburtenraten in Deutschland – die Rolle des Systems frühkindlicher Bildung und Betreuung  
*Antje Funcke*  
Juli 2006

Herausgeber:  
**Institut für Ökonomische Bildung**  
Westfälische Wilhelms-Universität Münster  
Schlossplatz 4  
48149 Münster  
Tel: 0251/ 83-24303  
Fax: 0251/ 83-28429

[www.wiwi.uni-muenster.de/ioeb](http://www.wiwi.uni-muenster.de/ioeb)